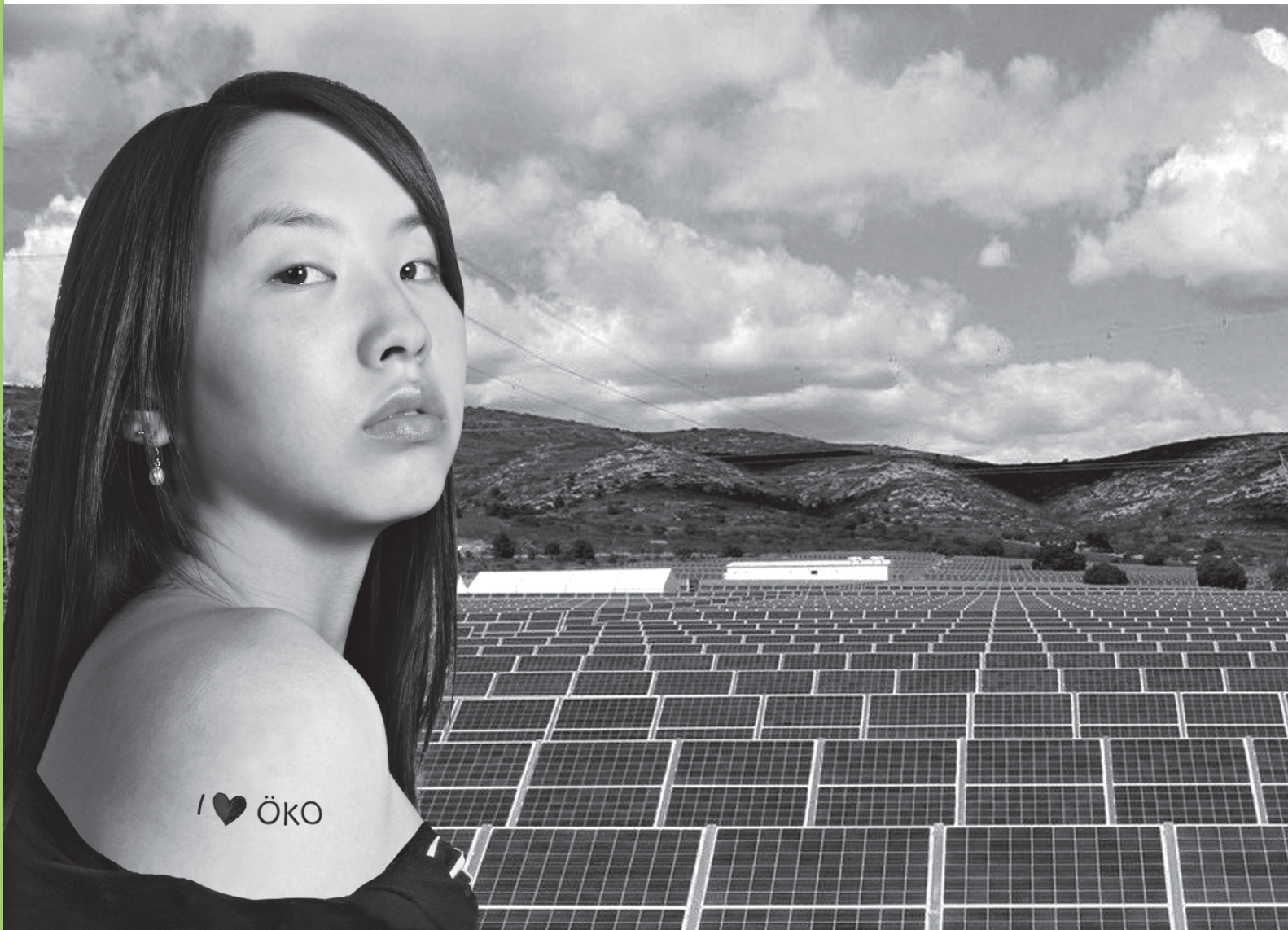


DAS MAGAZIN DER
HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
AUSGABE 1, 2007

4 EURO

böll

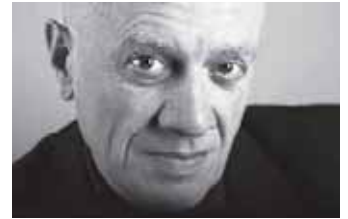
THEMA



GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT

Die große Transformation

Ökologische Ordnungspolitik



Als die amerikanischen Öko-Pioniere Amory und Hunter Lovins gemeinsam mit dem Unternehmensberater Paul Hawken vor einigen Jahren ihr Werk „Natural Capitalism“ veröffentlichten, nahm es in Europa kaum jemand zur Kenntnis. Die Vision eines „Öko-Kapitalismus“ schien bei uns nicht anschlussfähig. Dass „wirtschaftlicher Fortschritt am besten in am Markt orientierten Produktions- und Vertriebssystemen“ stattfindet, „in denen alle Formen des Kapitals berücksichtigt werden, d. h. menschliches, produziertes, finanzielles und natürliches Kapital“, war für große Teile der grünen Bewegung ein fremder Gedanke. Ihre Erwartungen richteten sich in erster Linie auf den Staat. Wenn der Kapitalismus, der sich gerade bis nach Russland und China ausbreitete, schon auf absehbare Zeit nicht abzuschaffen war, galt es zumindest, ihn einzudämmen und den Bereich staatlicher Regulierung immer weiter auszudehnen. Dass offene Märkte ein hoch effizientes Innovationssystem sind und Unternehmen zu Vorreitern der ökologischen Wende werden könnten, galt vielen als neoliberale Verirrung.

In den letzten Jahren hat ein Wandel im Verhältnis zur Marktwirtschaft eingesetzt. Eine beträchtliche Anzahl von Umweltaktivisten wurde selbst zu erfolgreichen Unternehmern, gründete Wind- und Solarfirmen, Investmentfonds und Beratungsfirmen. Die alternative Energiebranche wuchs zu einem Wirtschaftszweig, der allein in der Bundesrepublik über dreißig Milliarden Euro im Jahr umsetzt. Und immer mehr Großunternehmen beginnen mit dem Aufbau „grüner“ Produktlinien und eines effizienten Umweltmanagements. Die Grünen selbst entdeckten, dass gerade im hoch zentralisierten Energiesektor mehr Markt nötig ist, um die Wachstumschancen alternativer Energien zu verbessern und dezentrale Anbieter ins Spiel zu bringen. In den sieben Jahren rot-grüner Regierung konzentrierte sich grüne Umweltpolitik neben dem Atomausstieg vor allem auf marktorientierte Instru-

mente: Öko-Steuern und CO₂-Abgaben, die Liberalisierung des Energiesektors sowie die Förderung erneuerbarer Energien. Auch die Verbraucherpolitik war auf mehr Markttransparenz und Wahlfreiheit gerichtet, um die Rechte der Kundinnen und Kunden zu stärken. Der gemeinsame Nenner für diese Maßnahmen heißt „ökologische Ordnungspolitik“: Politik soll die Eigeninitiative von Unternehmen und Konsumenten nicht ersetzen, sondern in umweltfreundliche Bahnen lenken. Der Staat ist in diesem Konzept ein wichtiger, aber nicht der einzige Akteur. Die ökologische Wende entsteht aus der Interaktion von Politik, Unternehmen, Wissenschaft, Verbrauchern und Öffentlichkeit. Das ist kein konfliktfreier Prozess, weil dem Kurswechsel sowohl die Macht der Gewohnheit wie mächtige Geschäftsinteressen im Weg stehen. Ohne bindende Zielvorgaben geht die Veränderung in vielen Bereichen nicht schnell genug voran – die Autoindustrie ist dafür ein trauriges Beispiel. Aber umgekehrt gilt auch, dass ohne die Innovations- und Investitionskraft der Unternehmen der Quantensprung aus dem fossilen Zeitalter in die Epoche erneuerbarer Energien und Werkstoffe nicht gelingen wird. Es stimmt, dass dieser Wandel bisher viel zu langsam vor sich geht. Aber wir sollten darüber nicht die Ansatzpunkte für eine ökologische Transformation des Kapitalismus aus den Augen verlieren. Wenn uns der Klimawandel nur noch eine kurze Frist lässt, um gegenzusteuern, gibt es ohnehin keine ernsthafte Alternative dazu, die Märkte für grüne Ziele einzuspannen.

Das vorliegende Heft behandelt das Thema „ökologische Marktwirtschaft“ aus verschiedenen Perspektiven. Wir stellen Akteure, Strategien und Instrumente einer neuen industriellen Revolution vor, die das Zeug zu einem grünen Wirtschaftswunder hat. Dabei geht es uns nicht darum, Gewissheiten zu verkünden, sondern einen offenen Suchprozess zu befördern.

■ RALF FÜCKS, VORSTAND DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

BESONDERER TIPP | NEWS

ENERGIE FÜR STÄDTE, BERICHT ZUR LAGE DER WELT 2007, 3. Mai, 20.00 Uhr, Buchvorstellung, Auf der Galerie. Mit Ch. Flavin, (Vorstand Worldwatch Institute, angefr.), U. Nitschke (Germanwatch), R. Fücks (Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung) u.a. Kooperation: Germanwatch, Worldwatch Institute, Verlag Westfälisches Dampfboot **INFO:** stognienko@boell.de

WELCHEN PREIS HAT EIN STABILES KLIMA? ZUR ZUKUNFT DES EMISSIONSHANDELS, 11.–12. Mai, Konferenz, Berlin. Mit R. Harms (MdEP), Prof. C. Jaeger (PIK), J. Göppel (CSU), M. Kauch (FDP), E. Heymann (Deutsche Bank Research), R. Loske (MdB), Dr. N. Walter (Deutsche Bank) u.a. Kooperation: Förderverein Ökologische Steuerreform.

INFO: www.boell.de/emissionshandel

Die Herausforderung

- 4 **DIE GROSSE TRANSFORMATION** Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?
VON RALF FÜCKS UND KRISTINA STEENBOCK
- 9 **ZEIGEN, WIE'S GEMACHT WIRD** Der europäische Weg der Klimapolitik. Ein optimistischer Kommentar zum EU-Klimagipfel in Brüssel VON JENNIFER MORGAN
- 10 **ABSCHIED VOM RIGORISMUS** Über das Verhältnis von Verboten, Lebensstilen und Einsichten sprachen Fritz Kuhn und Wolf Lotter. MODERATION: DIETER RULFF
- 14 **EIN NEUER NEW DEAL** „Ökologische Industriepolitik ist die strategische Antwort auf die zentralen Herausforderungen der Zeit“. VON MATTHIAS MACHNIG
- 16 **POLITISCHE INNOVATIONEN SIND GEFRAGT** Internationale Klimapolitik nach Kyoto und die Grenzen der grünen Marktwirtschaft. VON GOTELIND ALBER
- 18 **„DERZEIT WERDEN SO VIELE UMWELTMASSNAHMEN DISKUTIERT UND VERABSCHIEDET...“** Der Nationale Volkskongress in China hat getagt. VON YU JIE
- 20 **WARUM WIR DIE CO₂-REDUKTIONSZIELE WOHL NICHT ERREICHEN WERDEN**
Die Zielkonflikte sind nicht gelöst. VON ACHIM BRUNNENGRÄBER

Die Akteure

- 22 **GRÜN IST GRÜN – WIE DER DOLLAR** Durch die Vereinigten Staaten rollt eine grüne Welle.
VON MARC BERTHOLD
- 24 **„ICH FÜHLE MICH GUT“** Konsumentenmacht als Lebensstil. VON SVEN SIEDENBERG
- 25 **BELLEN UND BEISSEN** Konsumentenmacht durch Verbraucherorganisationen.
VON KLAUS MÜLLER
- 27 **BLAUE ENGEL, BIO-SIEGEL, FAIR TRADE** – woran erkennt man, was gut ist?
VON VOLKMAR LÜBKE
- 28 **„GUTES GEWISSEN RENTIERT SICH“** Gespräch über grüne Geldanlagen mit Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur von Finanztest. VON HANNES KOCH

Wege und Mittel

- 30 **PROBLEMLÖSUNGEN DURCH WETTBEWERB** „Ein detaillierter Gesamtplan für eine Energiewendewirtschaft ist nicht realisierbar.“ VON FELIX C. MATTHES
- 32 **MÄRKTE SIND GUTE DIENER, ABER SCHLECHTE HERREN** Bausteine ökologischer Marktwirtschaft. VON JÖRG HAAS
- 34 **REVOLUTION DER EFFIZIENZ** Über die Potenziale ökologischer Innovationen.
VON ORTWIN RENN
- 35 **GRÜN IST DIE DIENSTLEISTUNG** VON SILKE KREBS

Mittel und Wege

- 37 **ÖKOSTEUERN** Das effizienteste Instrument. VON ANSELM GÖRRES
- 38 **EMISSIONSHANDEL** Das vielleicht international wichtigste Instrument der Klimapolitik.
VON ERIC HEYMANN

Heinrich-Böll-Stiftung

- 39 **HINWEISE** Projekte und Publikationen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
Fon 030-285 34-0
Fax 030-285 34-109
E-Mail: thema@boell.de
www.boell.de/thema

REDAKTIONSLEITUNG

Elisabeth Kiderlen

REDAKTIONSASSISTENZ

Evelyn Hartig

MITARBEIT

Ralf Fücks, Annette Maennel
(V.i.S.d.P.), Jörg Haas,
Peter Siller

ARTCONCEPT

Büro Hamburg/
Jürgen Kaffer,
Sandra Klostermeyer

GESTALTUNG

Kerstin Bigalke

DRUCK

Druckerei Conrad,
Berlin

PAPIER

Inhalt: Envirotop, matt
hochweiß, Recyclingpapier
aus 100% Altpapier
Umschlag: Enzocoat

BEZUGSBEDINGUNGEN

Das Heft erscheint dreimal im
Jahr. Einzelausgabe: 4 Euro
(inklusive Versand), zu bestellen
bei oben genannter Adresse.





DIE GROSSE TRANSFORMATION

Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen? VON RALF FÜCKS UND KRISTINA STEENBOCK

I **DIE AUFGABE.** Spätestens seit dem Report des britischen Regierungswirtschaftsökonomen Nicolas Stern wissen wir, dass der Klimawandel nicht nur ein ökologisches Risiko erster Ordnung darstellt: auch die ökonomischen Risiken sind gewaltig. Falls das Ruder nicht rasch herumgeworfen wird, werden die hausgemachten „Naturkatastrophen“, die mit einem exponentiellen Anstieg der Temperaturen einhergehen, zu einer massiven Vernichtung wirtschaftlicher Werte führen. Dagegen schätzt Stern die Kosten für effektiven Klimaschutz auf ca. ein Prozent der globalen Wertschöpfung pro

Jahr. Ihnen stehen enorme Wachstumspotenziale auf dem Feld der „green economy“ gegenüber. Fazit: Investitionen in Klimaschutz sind volkswirtschaftlich hoch rentabel – und sie können zum Auslöser eines grünen Wirtschaftswunders werden.

Das klingt fast wie die Quadratur des Kreises: Ökologie als Jungbrunnen der Ökonomie. Aber dahinter steckt eine gewaltige Herausforderung. Es geht um die Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts um 50 Prozent; das entspricht einer Reduktion in den „alten“ Industriemetropolen in



Christopher Muller: Musical Chairs, 1995

einer Größenordnung von 80–90 Prozent. Das bedeutet nichts weniger als eine neue industrielle Revolution. In den letzten 150 Jahren hat sich der Kapitalismus die fossilen Energierohstoffe der Erde einverleibt: Kohle, Öl, Gas. Dieses Entwicklungsmuster ist jetzt an seine ökologische Grenze gestoßen – nicht durch die physische Erschöpfung dieser Rohstoffe, sondern durch das Übermaß an Kohlendioxid, das durch ihre Verbrennung freigesetzt wird. Jetzt muss innerhalb weniger Jahrzehnte der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise vollzogen werden, die auf erneuerbaren Energien und geschlossenen Stoffkreisläufen basiert.

Politische Zielvorgaben und rechtliche Normen sind unverzichtbar, um die Dynamik des Marktes in eine ökologische Richtung zu lenken. Aber sie können die Kreativität der Marktwirtschaft nicht ersetzen, in der Millionen und Abermillionen von Produzenten und Konsumenten eigenverantwortlich handeln. Unternehmen und Verbraucher müssen selbst zu Akteuren der ökologischen Innovation werden.

II ÖKOKAPITALISMUS – EIN WIDERSPRUCH IN SICH? Von Karl Marx stammt der berühmte Satz „Der Kapitalismus ruiniert die Springquellen des Reichtums, auf denen er beruht: den Arbeiter und die Natur“. Das war scharfsinnig beobachtet. Man muss die

Aussage allerdings als Analyse einer Tendenz, nicht als unumstößliche „Gesetzmäßigkeit“ lesen. Denn der Kapitalismus ist ein lernfähiges, evolutionäres System, das bisher noch jede Opposition in Innovation verwandelt hat.

Als erste historische Antwort auf die zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus trat im 19. Jahrhundert die Arbeiterbewegung auf den Plan, und mit ihr die Sozialdemokratie als ihr politischer Ausdruck. Ihr Projekt war die *soziale Zivilisierung* des Kapitalismus. Sie erkämpfte ein weitverzweigtes Netz von Institutionen: Gewerkschaften, Genossenschaften, Sozialversicherungen, berufliche Bildung, Arbeitsgesetzgebung, Tarifverträge, Mitbestimmung etc.

Im Ergebnis stiegen Lebenserwartung und Lebensstandard der arbeitenden Klassen auf breiter Front, der Anstieg der Massenkaukraft führte zur modernen Konsumgesellschaft. Zwar ist die soziale Einhegung des Kapitalismus ein immer wieder umkämpfter, von Rückschlägen bedrohter Prozess, aber sie ist entgegen aller Unkenrufe auch im Zeitalter der Globalisierung nicht außer Kraft gesetzt. Gerade in den neuen Industrieländern steigen Bildungsniveau und Massenkaukraft, gleichzeitig wächst mit den modernen Technologien und Dienstleistungen auch die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit und die Bedeutung des „Humankapitals“ für die Wirtschaft. Ob die Analogie zur sozialen Marktwirtschaft trägt,



muss sich noch erweisen. Aber wer genau hinsieht, findet viele Anzeichen dafür, dass die *ökologische Modernisierung* des Kapitalismus bereits begonnen hat. Wenn es stimmt, dass im Wettlauf mit der Klimakatastrophe nur eine kurze historische Frist bleibt, gibt es dazu auch keine ernsthafte Alternative.

III DAS NEUE WÄCHST IM SCHOSS DES ALTEN. Es geht uns nicht um Spekulationen, sondern um einen geschärften Blick für neue Entwicklungen und Akteure, die zur ökologischen Transformation der Wirtschaft beitragen:

■ Zahl und politische Reichweite zivilgesellschaftlicher Organisationen haben in den letzten zwei Jahrzehnten enorm zugenommen. Während 1992 bei der Weltkonferenz in Rio de Janeiro noch 1400 Nichtregierungsorganisationen akkreditiert waren, waren es in Johannesburg 2002 bereits 3000. NGOs sind heute international vernetzt und haben Zugang zu Medien und politischen Instanzen in vielen Ländern. Mit ihrer Fähigkeit zur Skandalisierung fungieren sie als Wächtersystem gegenüber transnationalen Unternehmen.

■ Das „Reputationsrisiko“ ist vor allem bei Konzernen, die im konsumnahen Bereich tätig sind und einen Markennamen zu verlieren haben, ein harter ökonomischer Faktor. Ihre Umsätze und ihr Börsenwert reagieren empfindlich auf Rufschädigungen. Internationa-

le Kampagnen wie „Nestlé tötet Babies“, die Brent-Spar-Aktion von Greenpeace oder die Kampagne gegen ausbeuterische Zustände in den Produktionsstätten von Nike haben Unternehmensleitungen zur Veränderung ihrer Geschäftspolitik gezwungen.

■ Umweltrisiken, insbesondere die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen, werden zunehmend zum ökonomischen Risiko. Gleichzeitig führen langfristig steigende Preise für Rohstoffe und Energie zu einem effektiveren Ressourcenmanagement. Die Verknappung und Verteuerung von CO₂-Emissionsrechten wird diesen Prozess beschleunigen. Ein energieintensives Unternehmen, das keine Strategie vorweisen kann, seine Emissionen zu reduzieren, gefährdet seinen Unternehmenswert.

■ Der internationale Aufstieg der grünen Bewegung hat zur *Institutionalisierung des Umweltschutzes* auf breiter Front geführt. Umweltministerien, Grenzwerte, Umweltabgaben, Ökosteuern, Förderprogramme (wie das Erneuerbare Energien-Gesetz), Umweltverträglichkeitsprüfungen und Zertifizierungen haben wiederum dazu beigetragen, dass Umwelttechnologien, alternative Energien und ökologische Dienstleistungen zu einem Wachstumsmarkt wurden, der Kapital anzieht und Arbeitsplätze schafft.

■ Die aktuelle Diskussion über den Klimawandel signalisiert selbst hartleibigen Unternehmen, dass sie nicht mehr auf eine fortgesetzte

Fotos: Ludwig Rauch, Annette Maennel

VITA | PUBLIKATIONEN



RALF FÜCKS ist seit 1996 im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. 1980/90 war er Bundesvorsitzender der Grünen Partei, 1991 Bremer Umweltsenator. Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftspolitik, Migration, Zukunft Europas.



KRISTINA STEENBOCK ist Beraterin für Non-Profit-Organisationen und Unternehmen in Berlin, ehrenamtliches Vorstandsmitglied von Germanwatch und Sprecherin des Aufsichtsrats der Heinrich-Böll-Stiftung. Davor hat sie acht Jahre in diversen Funktionen für Greenpeace gearbeitet.

Christopher Muller: Stilleben

Seit mehr als 20 Jahren beschäftigt sich der in England aufgewachsene und jetzt in Deutschland lebende Christopher Muller mit der Welt unserer Alltagsdinge. Ursprünglich von der Malerei her kommend hat er sehr bald die Vorteile der Fotografie für sich entdeckt. Sie kann für die Dinge einen neutralen Rahmen bereitstellen und gleichzeitig einen enormen Wirklichkeitseffekt ausüben. Mullers Stillebenfotografien bilden die Dinge in Realgröße ab. Man glaubt sie förmlich greifen zu können. Die Dinge treten aus ihrer Unscheinbarkeit heraus und zeigen ihre zumeist übersehene Schönheit. Muller benutzt für seine Bilder keine neuen Dinge. Er selber muss sie vorher ausgiebig kennen gelernt haben, um ihre unterschiedlichen Seiten richtig einzuschätzen. Die Dinge haben Gebrauchsspuren, sie sind aber nicht abgenutzt. Muller interessiert nicht ihre äußere Perfektion, auch nicht ihre Langlebigkeit, sondern ihr eigenes, stilles Wesen.

Perfekt gleichmäßig ausgeleuchtet baut er nach sorgfältigen kompositorischen Vorstudien seine Arrangements auf. Mit ihnen erzählt Muller keine Geschichten und dokumentiert auch keinen Alltag. Dass sich eine Weinflasche in einem Haushalt in direkter Nachbarschaft zu einem Kuschelhasen befindet, ist nicht zu vermuten. Seine Stilleben haben sehr viel damit zu tun, wie wir Dinge als Individuen benutzen, greifen, streicheln, stellen, einordnen, liegenlassen. Jeder Haushalt hat seine eigenen Ordnungen, die eher etwas über die emotionale und psychische Situation der Bewohner als über die Funktionalität der Dinge selber erzählen. Wir lieben bestimmte Farben, Formen, Größen. Dennoch sind Mullers Stilleben keine Psychogramme einzelner Personen. Sie funktionieren stark auf einer visuellen Ebene, auf der die unterschiedlichen Dominanzen von Farbe, Form und Linie miteinander konkurrieren. Die besondere Kunst in seinen Arrangements ist allerdings, dass sie völlig selbstverständlich wirken und dass kein Gegenstand ein Übergewicht über den anderen hat. Hier herrscht eine wirkliche Demokratie zwischen den Dingen. VON ROLF HENGESBACH

Die Illustrationen dieser Ausgabe sind von Christopher Muller



My Little Rabbit, 1996

Ignoranz gegenüber globalen Umweltproblemen setzen können. Wer die ökologische Trendwende verpasst, wird von den Märkten abgestraft – siehe die Krise der US-Autoindustrie. Das setzt einen Innovationswettbewerb für mehr Ressourceneffizienz und umweltverträgliche Produkte in Gang, der nach und nach alle Branchen erfasst.

■ Eine neue Generation von Managern erlebt in ihrer Ausbildung, dass „Corporate Social Responsibility“ und Ökomanagement selbstverständliche Bestandteile ihres Berufsbilds sind. Heutige Ausnahmeerscheinungen wie der neue US-Finanzminister, der als Chairman von Chase Manhattan zugleich Präsident einer der größten amerikanischen Naturschutzorganisationen war, müssen keine Ausnahmen bleiben.

■ Die *Finanzmärkte* reagieren. Investoren, die auf die mittel- und langfristige Stabilität ihres Anlagekapitals angewiesen sind, wie zum Beispiel die großen Pensionsfonds in den USA, beziehen zunehmend klimarelevante, ökologische und soziale Kriterien in ihre Entscheidungen ein. Sie erhöhen damit den Druck auf Unternehmen, sich diesen Fragen zu stellen. Auch die großen Rückversicherer sind zu Verbündeten im Kampf gegen die Erderwärmung geworden, weil die Hurrikan-Schäden astronomische Größenordnungen angenommen haben.

■ *Grünes Wagniskapital*: Vor allem in den USA, dem Mutterland privaten Wagniskapitals, ist eine grüne Welle bei Unternehmensbeteiligungen und Gründungsfinanzierungen zu beobachten. Allein im Sektor alternativer Energien wurden dort im letzten Jahr rund dreißig Milliarden USD investiert. „Grüne“ Investmentfonds boomen. Auch das spricht dafür, dass die nächste große Innovationswelle im ökologischen Bereich stattfinden wird.

Viele dieser Veränderungen stehen noch am Anfang, und für sich genommen reichen sie nicht aus, um eine ökologische Wende in der nötigen Geschwindigkeit herbeizuführen. Aber sie weisen auf neue Potenziale, Akteure und Allianzen, auf die wir uns beziehen können.

IV NEUE ALLIANZEN: „MULTISTAKEHOLDER“-INITIATIVEN. Als „liberalization's unexpected consequences“ bezeichnet ein Artikel in der *Harvard Business Review* die zunehmende Kooperation von internationalen Unternehmen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. So arbeiten 90 Unternehmen mit einem Gesamtjahresumsatz von 400 Mrd. USD zusammen mit Transparency International in der Anti-Korruptions-Initiative PACI. Die *International Union for the Conservation of Nature* schließt Verträge mit Unternehmen über Konsultationen bei Investitionsprojekten und

zur Weiterbildung von Mitarbeitern. ABN Amro, die größte holländische Bank, entwickelt zusammen mit Accion International Mikrofinanzmodelle in Lateinamerika. BP kooperiert mit indischen NGOs bei Entwicklung und Vertrieb eines hocheffizienten Kleinofens für den privaten Gebrauch in ländlichen Gebieten, der die berüchtigten Atemwegserkrankungen beim herkömmlichen Verfeuern von Biomasse verhindert. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Spannender noch als die Einzelkooperation von Unternehmen und NGOs ist die wachsende Zahl von Initiativen, die auf eine *kooperative Regulierung der Märkte* zielen. Sie setzen da an, wo staatliche Regulierung wegen fehlender internationaler Übereinstimmung nicht greift. Zu den wichtigsten gehören:

- *Extractive Industry Transparency Initiative*: Eine Kooperation der marktführenden Öl- und Gaskonzerne, institutioneller Investoren, NGOs, Regierungen und Entwicklungsbanken mit dem Ziel, Transparenz-Standards für die Geldflüsse aus Öl- und Gasprojekten in ressourcenreichen Ländern festzulegen
- *Ethical Trading Initiative und Fair Labor Association*: III Unternehmen (u.a.: Puma, Reebok, Adidas, Nike, H+M, Levi Strauss, Marks and Spencer, BodyShop, Chiquita) die sich auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verpflichtet haben
- *Kimberley-Process*: Ein Zertifikatssystem für Rohdiamanten, das alle Marktakteure umfasst, um das Problem der „Blut-Diamanten“ in den Griff zu bekommen
- *Forest Stewardship Council*: Ein Zertifizierungssystem für Holz und Holzprodukte, das inzwischen fast zehn Prozent der kommerziellen Waldflächen erfasst. Zu den Abnehmern der FSC-Produkte gehören heute u.a. Random House Group („Harry Potter auf FSC“) und der größte US-Baumarkt Home-Depot.

VDER FINANZMARKT ALS SEISMOGRAPH. Für jeden international tätigen Konzern ist die Bewertung durch institutionelle Investoren, also durch die potenziellen Geldgeber, von zentraler Bedeutung. Etwa seit dem Jahr 2000 ist eine zunehmende Relevanz von Nachhaltigkeits-Indikatoren für das Rating von Unternehmen zu beobachten. *Pensionsfonds* sprechen inzwischen von einer „fiduciary duty“ (Treuhandpflicht), Nachhaltigkeitskriterien in ihre Anlagestrategie einzubeziehen, um das Risiko für ihre Anleger zu reduzieren. Damit ernst gemacht hat im vergangenen Jahr der weltgrößte Pensionsfonds TIAA-CREF: Er verkaufte seine Coca Cola-Anteile (Marktwert 52,4 Mio. USD), nachdem bekannt wurde, dass der Konzern gegen Kinderschutz, ILO- und Umweltstandards verstoßen hatte.

Der bislang erfolgreichste Zusammenschluss institutioneller Investoren ist das *Carbon Disclosure Project* (CDP), das sich auf klimarelevante Risiken und Daten konzentriert. Seit seiner Gründung im Jahr 2000 ist das CDP von 25 auf 211 Investoren gewachsen und hat heute ein Anlagevolumen von sagenhaften 31 Billionen

USD. CDP befragt regelmäßig die 500 weltweit größten börsennotierten Unternehmen zu Treibhausgasemissionen und Emissionsminderungs-Programmen. Die Tätigkeit des CDP hat den Druck auf Börsenaufsicht, Unternehmensleitungen und Wirtschaftsprüfer verstärkt, transparente Berichtsstandards zu Klimarisiken zu entwickeln.

V WAS KANN, WAS MUSS POLITIK BEWIRKEN? Mit den neuen Dynamiken in der Unternehmenswelt, dem Auftreten neuer Akteure und Allianzen wird staatliche Regulierung nicht überflüssig. Originäre Aufgabe der Politik bleibt, *den Märkten ökologische Zielvorgaben und einen ökologischen Ordnungsrahmen zu geben*. Im Kern geht es um *Erwartungssicherheit* hinsichtlich umweltpolitischer Ziele, an denen die Unternehmen ihre Investitionen ausrichten müssen, sowie um Kostenwahrheit durch die Einbeziehung ökologischer Folgekosten in die Preise für Energie, Produkte und Dienstleistungen. Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen, das bleibt das A und O einer ökologischen Marktwirtschaft. Die wichtigsten Hebel staatlicher Politik, um diese Transformation zu beschleunigen, sind deshalb:

- Umstellung des Steuer- und Abgabensystems von der Besteuerung der Arbeit auf Ressourcensteuern
- Einführung eines effektiven Emissionshandelssystems, zunächst auf europäischer, im nächsten Schritt auf globaler Ebene
- Verbindliche Zielkorridore für Energieeffizienz und erneuerbare Energien, flankiert durch Förderprogramme für Forschung und Entwicklung
- Stärkung von Verbraucherrechten (Informationspflicht hinsichtlich der Ökobilanz von Produkten und Materialien, erweitertes Haftungsrecht bei Gesundheitsrisiken)
- Verankerung internationaler Mindeststandards im Hinblick auf soziale Rechte und Umweltschutz in Freihandelsabkommen
- Verstärkter Transfer umweltfreundlicher Technologien in die Entwicklungsländer, um deren wirtschaftliches Wachstum in ökologische Bahnen zu lenken.

Machen wir uns keine Illusionen: Allein der absehbare Zuwachs der Weltbevölkerung auf ca. 9,2 Milliarden Menschen wird das globale Wirtschaftswachstum weiter ankurbeln. Die entscheidende Herausforderung besteht deshalb darin, ein wachsendes Volumen an Gütern und Dienstleistungen mit einer drastischen Minderung des Naturverbrauchs zu kombinieren. Ohne konsequente staatliche und globale Ordnungspolitik wird das nicht gelingen. Aber die ökologische Transformation der Marktwirtschaft kann nicht nur „von oben“ erfolgen. Sie muss durch eine ökologische Dynamik „von unten“ getragen werden, die Öko-Bauern und High-Tech-Unternehmen, Erfinder und Investoren, Umweltverbände und aufgeklärte Konsumenten umfasst. Diese Dynamik zu beschleunigen, darauf muss (grüne) Politik abzielen. ■

ZEIGEN, WIE'S GEMACHT WIRD

Der europäische Weg der Klimapolitik.

Ein optimistischer Kommentar zum EU-Klimagipfel in Brüssel

VON JENNIFER MORGAN

Am 8. und 9. März haben sich die Regierungschefs der Europäischen Union auf einen in der Geschichte beispiellosen europäischen Plan zur Energie- und Klimasicherheit, eine „Energiepolitik für Europa“, verständigt. Damit hat Europa erstmals einen einheitlichen Klima- und Energieaktionsplan verabschiedet und in diesem Sinne eine – gemessen an seinem Ambitionsniveau – gewichtige Führungsrolle übernommen. Europa kann nun „zeigen, wie es gemacht wird“ – wie man dem Klimawandel begegnet und zugleich für Wirtschaftswachstum sorgen und als Innovationsmotor fungieren kann. Nie zuvor ist von irgendeinem anderen Land und einer anderen Ländergruppe ein vergleichbarer Beschluss gefasst worden.

Zu den wichtigsten Zielen und Maßnahmen gehören die folgenden Punkte:

- Die EU hat sich bereit erklärt, ihre eigenen Treibhausgasemissionen bis 2020 einseitig um mindestens zwanzig Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken und diese Emissionen sogar um dreißig Prozent zu reduzieren, sofern sich im Rahmen einer internationalen Vereinbarung andere Industrieländer zu

einer vergleichbaren Anstrengung und Schwellenländer zu einem angemessenen Beitrag verpflichten.

- Die EU hat dem verbindlichen Ziel zugestimmt, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch innerhalb der EU bis 2020 auf zwanzig Prozent zu erhöhen.
- Die EU hat beschlossen, bis zum Jahr 2020 zu einer Einsparung des Energieverbrauchs in der EU um zwanzig Prozent zu kommen.
- Die EU hat beschlossen, dass bis 2015 insgesamt 12 Demonstrationsanlagen zur CO₂-Abscheidung und -speicherung fertig gestellt werden und dass ab 2020 in neu errichteten Kraftwerken die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) zum Einsatz kommen soll.

Darüber hinaus haben die Regierungschefs beschlossen, dass die nächste internationale Verhandlungsrunde, die auf der Architektur des Kyoto-Protokolls aufbauen und diese ausweiten soll, im Dezember 2007 beginnen und bis 2009 abgeschlossen sein soll. Dieses Signal der Dringlichkeit von Seiten der Regierungschefs schafft eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass der multilaterale Prozess vorankommt.

Nun geht es vor allem darum, die oben genannten Ziele zu Richtlinien für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und die CO₂-Abscheidung und -speicherung fortzuentwickeln und im Kreis der Mitgliedsstaaten weiter über das THG-Ziel zu verhandeln, damit jedes einzelne Land eine klare Vorstellung davon hat, welche Zielvorgabe es bis zum Jahr 2020 erreichen muss.

Außerdem verschafft diese Vereinbarung Deutschland eine solide Grundlage für dessen Vorsitz beim G8-Gipfel im Juni, der – so ist zu hoffen – eine Reihe weiterer Beschlüsse zur Energie- und Klimasicherheit bringen wird, mit denen sichergestellt werden kann, dass die globale Durchschnittstemperatur unter der 2°-Marke bleibt. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



JENNIFER MORGAN ist Direktorin der Abteilung Klima und Energiesicherheit bei der Londoner Umweltorganisation E3G. Davor war die Politologin Direktorin des Klimaprogramms bei WWF International.

Foto: E3G



SPUREN HINTERLASSEN

Viele Menschen wünschen sich, auch über den eigenen Tod hinaus, für eine lebenswerte Zukunft zu wirken. Eine Erbschaft ist oftmals der Anlass, sich in aller Ruhe darüber Gedanken zu machen. Was könnte man Gutes tun, welche Ideen und welche Ziele könnte man unterstützen? Vielleicht denken auch Sie daran, Ihre Testaments- und Erbschaftsangelegenheiten zu regeln. Unsere Broschüre „Spuren hinterlassen“ informiert Sie über unsere Arbeit und über die Themen „Erben, Vererben, Stiften“. Sie gibt Ihnen wichtige Hinweise, wie Sie sich mit Ihrem Vermögen langfristig für kommende Generationen einsetzen können.

Gerne schicken wir Ihnen die Broschüre kostenlos zu und besprechen Ihre Fragen mit Ihnen persönlich: Regine Walch, Fon 030-285 34-112, walch@boell.de, www.boell.de/spenden

ABSCHIED VOM



Dieter Rulff: Herr Kuhn, Ihr Kollege Loske fordert, man dürfe sich angesichts des Klimawandels nicht um die Lebensstilfrage herumdrücken. Ist Konsumverzicht ein probates Mittel gegen den Klimawandel?

Fritz Kuhn: Grüne Marktwirtschaft heißt für mich, klare ökologische Rahmenbedingungen zu setzen, die einen freien Wettbewerb um die beste Lösung ermöglichen. Der Staat muss Spielregeln vorgeben, die umweltgerechten Technologien und Produktionsweisen zum Durchbruch verhelfen und im Gegenzug Verschwendung und Zerstörung der Natur sanktionieren. In einigen Bereichen kann der Staat ökologisches Verhalten mit Maßnahmen fördern, etwa beim Wärmeisolieren von Häusern.

Darüber hinaus braucht man tatsächlich eine Diskussion über Lebensstil. Wir brauchen Veränderungen des Lebensstils, aber sie müs-

sen von den Menschen kommen, weil mit Vorschriften viel geringere Effekte erzielt werden als mit Einsicht.

Wolf Lotter: Ich höre mit Freude, Herr Kuhn, dass es eine Hinwendung zur Eigenverantwortung gibt, was das Umweltbewusstsein angeht. Wir haben aber eine, auch von den Grünen stark getragene Tradition, Verbote als die relevante Größe im Umgang mit der Umwelt anzusehen. Der Bürger kommt gar nicht mehr dazu, selbstständig zu agieren, weil er von der Politik gegängelt wird und nach wie vor Vorschriften und Verbote das Maß der Dinge in der Umweltpolitik sind. Wir haben einen sehr apokalyptischen Slang in der Debatte, den ich nicht für konstruktiv halte. Man muss umgekehrt fragen: Welche Schritte können wir machen, nicht, um das Schlimmste zu verhindern, sondern um etwas Besseres zu kriegen. Das spielt aus ideologischen Gründen nach wie vor keine Rolle.

Dieter Rulff: Positive Schritte hieße, sich der Marktmechanismen zu bedienen?

Wolf Lotter: Auch der Marktmechanismen. Der Markt ist in der Tat nicht alles. Wir brauchen einen starken kleinen Staat, der Regeln vorgibt. Keinen der *en masse* Vorschriften und Gesetze produziert, sondern der sich mit seinen Bürgern auf Ziele einigt, die auch realistische Rahmenbedingungen beinhalten. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen muss natürlich auch die Kernfrage beantwortet werden: Was sollen die Energien der Zukunft sein? Wir diskutieren unter dieser Überschrift ständig über eine Energieform, die im Idealfall innerhalb der Europäischen Union zwanzig Prozent des Energiebedarfs abdecken kann. Wir reden aber nicht über Alternativen dazu. Die Atomindustrie profiliert sich jetzt wieder als wichtigster Kämpfer gegen CO₂. Und als einzige Alternative zu präsentieren: reduzieren, verzichten, keine neuen Technologien fördern, das ist den Leuten zu wenig.

Fritz Kuhn: Das ist auch nicht meine Position. Ich will jetzt aber gar nicht über die Atomkraft streiten, sondern etwas zum Verhältnis von

» Der Konsumstil des Nordens gefährdet das Klima der ganzen Welt. «

FRITZ KUHN

RIGORISMUS

Über das Verhältnis von Verboten, Lebensstilen und Einsichten sprachen der grüne Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn und der Wirtschaftsjournalist Wolf Lotter.

MODERATION: DIETER RULFF

Verboten und Lebensstil sagen. Klare Rahmenbedingungen für den Markt heißt ja nichts anderes, als dass der Staat bestimmt, was geht. Zum Beispiel beim Auto Verbrauchsobergrenzen und ein vernünftiges Tempolimit. Daneben gibt es Maßnahmen mit positiver Lenkungswirkung wie das Erneuerbare Energiengesetz. Manches müssen wir persönlich aus Einsicht machen, z. B. seltener Fleisch essen. In anderen Bereichen brauchen wir den Staat. Sie können von Berlin für 19 Euro nach Neapel fliegen. Wenn Sie im Norden Berlins wohnen, kostet das Taxi nach Schönefeld 50 Euro. Dieses Verhältnis stimmt nicht und das muss man ändern.

Dieter Rulff: Indem man Flugreisen verteuert?

Fritz Kuhn: Vom Ende her gedacht. Indem man die CO₂- und die Schadstoffbelastungen in einer Weise sinnvoll ökonomisch quantifiziert, dass eine Vergleichbarkeit entsteht. In einer Grünen Marktwirtschaft werden die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Wer die Umwelt belastet, der muss mehr zahlen als jemand, der das weniger tut. Die Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Verkehrssystemen ist ja nicht so schwer herzustellen.

Wolf Lotter: Wir müssen anfangen, Dinge zu qualifizieren, die wir als Marktfaktoren bisher nicht gesehen haben. Im Konsum würde das auf die Frage hinauslaufen: Was ist uns was wert? Qualität und deren Wert anzuerkennen ist beim Konsum entscheidend, weil es die Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im globalen Zusammenhang des 21. Jahrhunderts ist. Wir haben ein großes Problem mit einem Discountkonsum und wir haben ein Defizit im Qualitätskonsum. Warum? Weil alle politischen Parteien – auch die Grünen – es verabsäumt haben, klar zu machen, dass Qualitätskonsum eine entscheidende Sache ist und dass man sich als Bürger mit grundsätzlichen Fragen der wirtschaftlichen Produktion auseinander setzen muss. Ein Bürger ohne wirtschaftliche Kenntnisse ist jemand, der nur unzulänglich politisch agieren kann, der auch als Verbraucher relativ hilflos ist.

Foto: Stefan Ostermeier

Fritz Kuhn: Wenn ich von ‚Grüner Marktwirtschaft‘ rede, dann meine ich immer auch eine Stärkung der Verbraucher und zwar auch im Sinne von geschmackskundig werden. Da stimme ich Ihnen zu: Qualität kann in Verbindung mit Transparenz und Erfahrung eine extrem ökologische Dimension bekommen.

Dieter Rulff: Ist es nicht gegen den Wind gesprochen, den Verzehr von qualitativ guten, ökologischen Produkten zu predigen, wenn für viele das Portemonnaie das gar nicht hergibt?

Wolf Lotter: Es ist völliger Unsinn, dass arme Leute billig essen. In den Billigmärkten findet man fast nur industriell gefertigtes Essen, das keineswegs billig ist. Die Kulturfähigkeit des Kochens ist verloren gegangen. Das spielt eine deutlich größere Rolle als die Frage des beschränkten Budgets.

Fritz Kuhn: Ich warne davor, die soziale gegen die ökologische Frage zu stellen. Dieses beliebte Spiel kenne ich seit zwanzig Jahren. Immer, wenn jemand eine ökologische Idee hat, heißt es prompt:

» Wir haben ein Problem mit dem Discountkonsum und wir haben ein Defizit im Qualitätskonsum « WOLF LOTTER



» Welche Schritte können wir machen, nicht, um das Schlimmste zu verhindern, sondern, um etwas Besseres zu kriegen. « WOLF LOTTER

Aber die kleinen Leute können es nicht machen. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und Beachtung der ökologischen Grundsätze. Es nützt nichts, das gegeneinander zu stellen.

Dieter Rulff: Setzen Sie da politische Prioritäten?

Fritz Kuhn: Wir wissen aus der Nachhaltigkeitsdiskussion weltweit, dass in dem Dreieck zwischen Wirtschaftlichkeit, Gerechtigkeit und Ökologie keine Prioritäten gesetzt werden dürfen. Wir müssen gucken, dass wir eine Wirtschaftsordnung so aufbauen – nicht nur national, sondern auch international –, dass alle drei Bereiche funktionieren.

Dieter Rulff: Sie vertrauen dabei beide primär auf die Mechanismen des Markts.

Wolf Lotter: Natürlich in einem ordoliberalen Handlungsrahmen. Das ist nicht dasselbe, was Herr Kuhn darunter versteht: Sie wollen ja den starken großen Staat.

Fritz Kuhn: Ordoliberal heißt aber nicht lediglich freiwillige Verabredung. Den Ordnungsrahmen muss der Staat setzen. Als ökologisch ausgerichteter Staat wird er andere Elemente haben als heute. Deswegen reden wir auch von einer Transformation. Ohne die geht die Ökologisierung der Wirtschaft gar nicht. Aber innerhalb dieses Rahmens brauchen wir ein richtiges Innovationssystem, bei dem die Leute freiheitlich die beste Lösung suchen und nicht bei jeder Fragestellung staatlich kontrolliert werden.

Dieter Rulff: In der Autoindustrie liegen jahrelange Erfahrungen mit Selbstverpflichtungen vor. Ist der Zeitpunkt gekommen, in Ihrem Sinn ordnungspolitisch einzugreifen?

Fritz Kuhn: Die Politik der Selbstverpflichtung hat in wesentlichen Bereichen nicht funktioniert. Deswegen ist es an der Zeit, dass der Staat, am besten die gesamte Europäische Union, Regeln setzt: Wie viel darf ein Auto maximal verbrauchen? Wie viel darf ein Hersteller maximal verbrauchen oder eine nationale Volkswirtschaft?

Wolf Lotter: Das sind ja goldene Worte, Herr Kuhn. Fakt ist, dass die deutsche Automobilindustrie ökonomisch erfolgreich ist mit den

dicken Brummern. Das dürfen wir nicht übersehen. Man verkauft die großen Wagen ausgezeichnet. Andere Hersteller haben für den Massenmarkt fortschrittlichere Technologien angeboten. Das wird die Unternehmen bei uns im Kern treffen, wenn sie nicht nachziehen, denn die Ressource Öl wird teurer. Da müsste der Gesetzgeber keinen Riegel vorschieben, denn das erledigt sich von selbst.

Fritz Kuhn: Wir diskutieren seit zwanzig Jahren über den Klimawandel und die deutsche Automobilindustrie hat sich trotzdem weiterhin im Segment der Großen angesiedelt. Augenscheinlich hat es, weil man es bei freiwilligen Vereinbarungen belassen hat, an Druck gefehlt. Das regelt sich auch nicht ausreichend über den Benzinpreis. Angesichts der Klimakatastrophe muss der Staat sagen, wie viel CO₂-Emission eigentlich noch möglich ist pro gefahrenem Kilometer. In Zukunft wird nur der Geld verdienen, der kapiert, dass man eine Ökologisierung der Technologie braucht. Wer das nicht versteht, wird auf dem Markt keine Chance mehr haben. Das hieße für uns in Deutschland eine Strukturkrise, gegen die die Stahl- und Kohlekrise eine harmlose Veranstaltung waren.

Dieter Rulff: Was durch die diversen Innovationen an Ökoeffizienz erreicht worden ist, ist regelmäßig durch den erhöhten Verbrauch wieder verzehrt worden. Muss man wieder anders über die Grenzen des Wachstums nachdenken?

Fritz Kuhn: Wir sind extrem abhängig vom quantitativen Wachstum, das müssen wir ändern. Solange der Staat verschuldet ist, gibt es gar keine Alternative zum quantitativen Wachstum. Das folgt aus der Zins- und Zinseszinsformel. Das Ideal wäre eine qualitative Wachstumsstrategie, die die ökologische Belastung Jahr für Jahr minimiert und die Abhängigkeit vom quantitativen Wachstum reduziert. Das geht nur über ausgeglichene Haushalte, weil dann der Staat nicht mehr wie heute ein Wachstumsmotor *sui generis* ist. Der Abbau der Staatsverschuldung ist darum eine der dringlichsten politischen Aufgaben.

Wolf Lotter: Ich glaube, dass auch ein Schlüssel in dem steckt, was zu Beginn als starker kleiner Staat bezeichnet wurde. Jede Vorschrift, jedes Gesetz muss für den Bürger einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Verhalten und Kosten oder Nutzen herstellen. Ansonsten können wir einfach den Markt regeln las-

VITA | PUBLIKATIONEN

FRITZ KUHN ist Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Er ist Gründungsmitglied der Grünen, seit 2000 Mitglied des Bundestags und Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit.

WOLF LOTTER ist seit zwanzig Jahren Wirtschaftsjournalist und widmet sich vor allem der Transformation von der Industrie- in die Wissensgesellschaft. Er ist Mitbegründer und leitender Redakteur des Wirtschaftsmagazins *Brand eins*. Jüngste Veröffentlichung: „Verschwendung – Wirtschaft braucht Überfluss“. Hanser Verlag 2006.

» Im Dreieck zwischen Wirtschaftlichkeit, Gerechtigkeit und Ökologie darf es keine Prioritäten geben. « FRITZ KUHN

sen. Energie ist mittlerweile so teuer, dass jeder ziemlich verrückt ist, wenn er nichts tut. Der Technologiedruck auf die Automobil-erzeuger, auf die Energierzeuger, auf die vorhandene Mobilität wird stärker. Und es wird Lösungen geben, über die wir staunen werden. Man kann sie allerdings nicht staatlich verordnen, das funktioniert nicht.

Dieter Rulff: In etwa 15 Jahren ist der Zeitpunkt erreicht, ab dem der Klimawandel unumkehrbar wird. Die Erfahrung lehrt, dass kapitalistische Wirtschaftsprozesse, der Wettbewerb nationaler Standorte, die Innovationswillig und -fähigkeit der Unternehmen ihrer eigenen Dynamik folgen. Reicht die Zeit, um umzusteuern?

Fritz Kuhn: Ich bin der Überzeugung, dass man das schaffen kann, indem man klare Leitplanken setzt für die Märkte, und wenn man andererseits den Eifer der Leute in einer richtigen Weise mobilisiert, mehr zu tun. Allerdings gibt es, wenn wir von den fünfzehn Jahren ausgehen, eine gefährliche Versuchung der Politik, alles auf das Ende zu schieben, weil sie in Vierjahreszyklen denkt. Diese Verschiebung bedeutet aber: Es wird schwieriger und teurer. Das heißt für mich: Jetzt machen.

Wolf Lotter: Selbst in den schlimmsten Klimaszenarien kriegen wir unser Fett gar nicht recht ab. Die, die es abkriegen, sind die, die am Äquator leben. Dorthin müssen wir Demokratie exportieren, uns um Bildung und Chancen kümmern, um nicht am Ende für Evakuierung sorgen zu müssen. Das ist die eigentliche Aufgabe, die sich über die nächsten Jahrzehnte stellt. Das ist eine wesentlich komplexere Aufgabe, als sich ständig mit dem Popanz CO₂ zu beschäftigen, der unbewusst nur mehr um die Frage geht: CO₂-Handel, CO₂-Reduktion. Wir haben in einer sehr komplexen Welt viele Hausaufgaben nicht gemacht, gerade in den bevölkerungsreichen Zonen des äquatorialen Bereichs. Dort droht nun die wirkliche Klimakatastrophe. Wir im Norden, wo Angst die Debatte dominiert, haben eigentlich kein großes Problem. Wir kriegen nur eins, wenn wir uns weiter der Globalisierung verschließen. Wir sind die, die heute den Menschen im Indien von Morgen, im Lateinamerika von Morgen, das Leben verhaseln. Das bewusst zu machen, ein ernsthaftes globales Bewusstsein aufzubauen, ist eine Mammutaufgabe und wesentlich schwieriger als das Festnageln einiger Grenzwerte bei Treibhausgasen. ■

Foto: privat

VITA



DIETER RULFF ist freier Journalist in Berlin und verantwortlicher Redakteur der gesellschaftspolitischen Zeitschrift *vorgänge*. Bevor er Redakteur bei der *TAZ* und anschließend Ressortleiter Innenpolitik bei der *Hamburger Woche* wurde, hatte der Politikwissenschaftler eine Radiostation gegründet und die Sendung für die DDR-Bürgerrechtsbewegung „Radio Glasnost“ geleitet.

KONFERENZ

Berlin, 21. April 2007, Ecolair Trade Dialogue

Slow Trade – Sound Farming? Agrarhandelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft



Mit Wolfgang Sachs und Tilmann Santarius (Wuppertal Institut), Peter Kosset (ECCAM Moskau/USA), Dr. Franz Josef Feiler (Generalsekretär der COTW), P.V. Satosh (Decon Development Society, Indien), Heino von Meyer (OFCO) u.a.

www.ecofair-trade.de

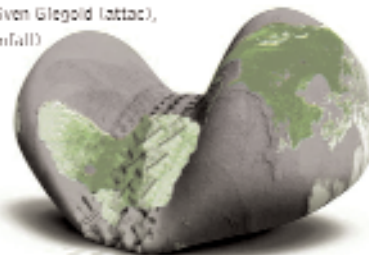
Veranstaltet von der Heinrich Böll Stiftung und Misereor in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

KONGRESS

4. - 6. Mai 2007, TU-Berlin

MCPLANET.COM 2007 Klima der Gerechtigkeit

Mil Stefan Rohmsier (PIK), Klaus Töpfer, Meena Ramon (Friends of the Earth International), Fritz Kuhn (MdB), Sven Giegold (Attac), Anne Moynon (Vattenfall) u.a.



www.mcplanet.com

Veranstaltet von Attac, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, FFD, Greenpeace und Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

WORLDWALD INSTITUTE (HRS.)

Der Planet der Städte ZUR LAGE DER WELT 2007



Verlag Westfälisches Dampfboot
ISBN 978-3-09691-653-2
336 Seiten,
zahlreiche Abbildungen
Preis: 19,90 €
Das Buch erscheint
am 2. Mai 2007!

ZUR LAGE DER WELT 2007 Der Planet der Städte

Herausgegeben vom Worldwaid Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Greenwatch

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei der Heinrich-Böll-Stiftung

EIN NEUER NEW DEAL

„Ökologische Industriepolitik ist die strategische Antwort auf die zentralen Herausforderungen der Zeit.“ VON MATTHIAS MACHNIG

In seiner legendären Studie zeichnet der ungarische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi die allmähliche Verselbständigung der Ökonomie gegenüber der Gesellschaft im 17., 18. und 19. Jahrhundert nach. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und zweier Weltkriege analysiert er den Prozess einer sich durchsetzenden freien Marktwirtschaft: Im Zuge der „Großen Transformation“, so der Titel des Buchs, drohen die Industriegesellschaften ihre eigenen sozialen Voraussetzungen, ja ihre physische Substanz zu zerstören.

Inzwischen wissen wir, dass die Weltwirtschaftskrise zwar eine epochale Zäsur aber nicht das Ende der „großen Transformation“ bedeutete. Der Prozess einer sich verselbständigenden Ökonomie ging und geht weiter und hat durch die Globalisierung eine neue Qualität bekommen. Im Angesicht von Klimawandel und eines Raubbaus an natürlichen Ressourcen ist die Gefährdung der „physischen Substanz“ allgegenwärtig.

UNSERE WESTLICHEN GESELLSCHAFTEN sind Industriegesellschaften, trotz der Ausweitung des tertiären Sektors. Die großen Hoffnungen, die sich mit der Herausbildung einer postindustriellen Gesellschaft verbanden, haben sich nicht erfüllt. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung mit steigenden Bedürfnissen und vor dem Hintergrund eines globalen Industrialisierungs- und Wachstumsschubes wird die „Industriegesellschaft“ weltweit sogar an Bedeutung gewinnen. Nicht Verzicht oder Flucht ins Postmaterielle kann unsere Welt vor dem ökologischen Kollaps und dem Verlust der „physischen Substanz“ retten, sondern das beherzte Eingreifen durch innovative Umwelttechniken. Dafür bedarf es der Wiederentdeckung der Idee des technischen Fortschritts anstelle eines Technikskeptizismus, der über die Risikoanalyse nicht hinaus kommt. Umweltpolitik muss heute im Kern Innovationspolitik sein. Und als übergreifende Modernisierungsstrategie brauchen wir

eine Ökologische Industriepolitik, bei der Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eng zusammenarbeiten!

ÖKOLOGISCHE INDUSTRIEPOLITIK, das ist eine ökonomische Antwort auf die ökologische Herausforderung. Sie ist die strategische Ausrichtung des industriepolitischen Instrumentenkastens auf die zentralen Herausforderungen unserer Zeit: Klimaschutz, Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit. Gemeinsam ist diesen drei Herausforderungen, dass sich in ihnen ökonomische und ökologische Aspekte in einer qualitativ neuen Art verbinden. Vergegenwärtigen wir uns: Der „Stern-Report“ des ehemaligen Weltbank-Chefökonom Sir Nicolas Stern hat die ökonomischen Kosten des klimapolitischen Nichthandelns gerade erst einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerufen; die chinesische Umweltbehörde SEPA schätzt die Sanierungskosten für die Umwelt als Folgen des ungebremsten Wachstumsprozesses im Reich der Mitte bereits auf zehn Prozent des Bruttosozialproduktes; steigende Stahl- und Ölpreise zeugen bei uns und weltweit von der Verknappung der Rohstoffe und fossiler Energieträger.

Gerade weil sich ökonomische und ökologische Notwendigkeiten überlagern, verbinden sich mit dem Umweltschutz auch enorme Chancen, ökonomische wie technologische. Energieerzeugung, Energieeffizienz, Materialeffizienz, Recycling, nachhaltige Mobilität und nachhaltige Wasserwirtschaft – die Märkte der Zukunft sind grün. Hier setzt eine Ökologische Industriepolitik an, sie will Rahmenbedingungen entwickeln, die Wachstum und Nachhaltigkeit miteinander verbinden.

DIE ZEIT DRÄNGT. Die Wissenschaft gibt uns noch rund 15 Jahre, um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Wer zur Lösung der Probleme allein auf den Markt und den „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ (Hayek) setzt, erobert die Herzen der ord-



From Head to Toe, 1991

nungspolitischen Gralshüter, die Zukunft erobert er nicht. Denn so richtig es ist, die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die unsichtbare Hand des Marktes grün wird, so falsch wäre es, allein darauf zu vertrauen. Ein zeitintensives Verfahren und einen marktgesteuerten *try & error*-Prozess können wir uns kaum leisten. Also müssen wir ergänzend tätig werden. Wir brauchen keinen Leviathan, aber einen Staat, der sich auch als Pionier versteht, der gestaltet, Wege weist, aktiv mithilft und den Markt mit zusätzlichen Anreizen versorgt.

ES GEHT UM NICHTS WENIGER als darum, jetzt eine dritte industrielle Revolution einzuleiten, das heißt Effizienz- und Technologiesprünge zu fördern und Ökoinnovationen sehr schnell in den Markt und die umfassende Anwendung zu bringen.

■ Dazu müssen wir die Forschungsförderung konzentrieren auf Ressourceneffizienz und Energieintelligenz und die „grünen Querschnittstechnologien“ systematisch fördern. Nicht nur Nanotechnologie und weiße Biotechnik, auch Green Chemistry, Oberflächentechnik und Bionik bieten enorme Chancen für vielfältige Umwelttechnikanwendungen und damit für Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

■ Mit Markteinführungsprogrammen schaffen wir die Voraussetzung für eine Massenproduktion von dringend benötigten technologischen Lösungen und Öko-Hightech. Das Energieeinspei-

lungsgesetz (EEG) hat dazu beigetragen, dass Unternehmen Lerneffekte realisieren, ihre Produktion optimieren und die Produkte kostengünstiger anbieten konnten. Das waren wichtige Voraussetzungen dafür, dass viele deutsche Unternehmen im Bereich Erneuerbare Energien heute globale Akteure sind.

- Im Bereich der Umwelt- und Energietechnik müssen wir sog. „Vorreiter-Märkte“ aufbauen. Denn wenn wir die heimischen Märkte so gestalten, dass über eine innovative Angebots- und Nachfragestruktur die künftigen globalen Standards faktisch bei uns entwickelt werden, sind das die besten Voraussetzungen für innovative Unternehmen und eine internationale Marktführerschaft.
- Damit sich die dringend benötigten Technologiecluster ausbilden, bedarf es einer besseren Zusammenarbeit und gegenseitigen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft.
- Exportförderinitiativen müssen sich nicht nur um die bessere Vermarktung der Umwelttechnik „made in Germany“ kümmern, sondern auch für den Export erfolgreicher Politikinstrumente werben.
- Einen wichtigen Beitrag zu unserem Innovationssystem liefert das umweltpolitische Ordnungsrecht. Schärfere Grenzwerte üben, wenn sie rechtzeitig und planungssicher angekündigt werden, einen heilsamen Innovationsdruck auf die Industrie aus. Wann immer möglich, sollten dieser die Mittel und Wege zur Erreichung des Ziels überlassen bleiben.
- Und natürlich braucht dieser Ansatz eine europäische Abstützung – im europäischen Umweltrecht genauso wie in der Wettbewerbs-, Außenhandels- und Forschungspolitik.

EINE INNOVATIONSORIENTIERTE UMWELTPOLITIK ist ein zentraler Kern. Aber die Ökologische Industriepolitik, die wir brauchen, ist nur als gesellschaftliche Anstrengung machbar. Dies verlangt eine intelligente Verknüpfung von Wirtschafts-, Forschungs-, Infrastruktur-, Außen-, Entwicklungs-, Energie- und Umweltpolitik. Andererseits braucht es den Brückenschlag in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft hinein: So wie die Wiederentdeckung der Idee des technischen Fortschritts einen zivilgesellschaftlichen Rückhalt braucht und Innovationen gesellschaftliche Akzeptanz fordern, muss die Gesellschaft von neuer Beschäftigung und neuer Wertschöpfung eines öko-effizienten Produktivismus profitieren.

Franklin D. Roosevelt reagierte mit seinem „New Deal“ auf die Weltwirtschaftskrise, die für Polanyi eng mit der „Großen Transformation“ verbunden war. Mit der Verknüpfung von staatlichen Investitionen, sozialpolitischer Regulierung und wirtschaftlichen Reformen leitete Roosevelt eine neue Phase kapitalistischer Prosperität ein. Heute brauchen wir einen „New Deal“ für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung als Voraussetzung einer großen Transformation hin zu einer zukunftsfähigen, energie- und ressourceneffizienten Marktwirtschaft. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



MATTHIAS MACHNIG ist seit November 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. 1999 bis 2002 war er Bundesgeschäftsführer der SPD. **JÜNGSTE BUCHVERÖFFENTLICHUNG**

Zus. mit Frank-Walther Steinmeyer (Hrsg.): „Made in Germany 21. Innovationen für eine gerechte Zukunft“. Verlag Hoffmann und Campe 2004.



POLITISCHE INNOVATIONEN SIND GEFRAGT

Internationale Klimapolitik nach Kyoto und die Grenzen der grünen Marktwirtschaft. VON GOTELIND ALBER

In der Debatte um die künftigen Klimaschutzverpflichtungen nach der Kyoto-Periode wird der Ruf nach Einbezug der Entwicklungsländer, insbesondere der Schwellenländer, immer lauter. Das hat gute Gründe: China ist mittlerweile der zweitgrößte Emittent nach den USA, Indien liegt vor Deutschland auf Platz sechs. Sortieren wir allerdings nach den Pro-Kopf-Emissionen, liegen China und Indien relativ weit hinten, Länder wie Korea und Südafrika bewegen sich da längst in der Liga der Industrieländer mit Kyoto-Zielen.

Im internationalen Prozess werden die zukünftigen Verpflichtungen auf zwei Schienen diskutiert, die auf der Klimakonferenz in Montreal vor anderthalb Jahren gelegt wurden. Ein unverbindlicher, breit angelegter Dialogprozess unter dem Dach der Klimarahmenkonvention befasst sich mit Ideen und Optionen für ein zukünftiges Klimaregime. Schon eher ins Eingemachte geht es in der Arbeitsgruppe für die Weiterentwicklung der Kyoto-Verpflichtungen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer wollen hier allerdings keine Verpflichtungen für sich diskutiert sehen, die Arbeitsgruppe konzentriert sich auf die Staaten, die bereits Verpflichtungen eingegangen sind.

WOLLEN DIE SCHWELLENLÄNDER ALSO AUSSEN VOR BLEIBEN?

Schauen wir uns die Entwicklung in China genauer an, so zeigt sich, dass dort in gewisser Weise eine klimafreundlichere Entwicklung

erreicht wurde als in vergleichbaren Staaten. China hat sich im REN-21-Prozess¹ ein Ausbauziel für die erneuerbaren Energien gesetzt und seine Umsetzung gesetzlich geregelt, inklusive Einspeisevergütung, Entwicklungs- und Finanzierungshilfen sowie Vorgaben für den regionalen und lokalen Ausbau der erneuerbaren Energien. Das enorme Wirtschaftswachstum treibt die chinesischen Emissionen in die Höhe, doch nicht in dem Maß, wie zu befürchten wäre. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die CO₂-Intensität der Wirtschaft² halbiert worden. Bis zu einem gewissen Grad konnte also eine Entkopplung der Emissions- von der Wirtschaftsentwicklung erreicht werden. Ein Selbstläufer war diese Entwicklung nicht. Andere Staaten haben Vergleichbares nicht geschafft, etwa Brasilien, dessen CO₂-Emissionen in den letzten zwanzig Jahren stärker wuchsen als die Wirtschaft. Erst seit wenigen Jahren nimmt die CO₂-Intensität dort wieder ab. Oder schauen wir nach Spanien, dessen Wirtschaft seit etwa zehn Jahren boomt. Eine Entkopplung ist hier nicht erreicht worden, die CO₂-Intensität hat sogar leicht zugenommen.

Man kann also nicht behaupten, dass die Schwellenländer ohne Klimaverpflichtungen völlig untätig wären, eine differenzierte Betrachtung ist angesagt. Dennoch wird in Zukunft Verbindlichkeit und die Teilnahme der relevanten Länder gefragt sein. Eine bloße Erweiterung des Kyoto-Schemas wäre unzureichend. Statt dessen müssen zukünftige Verpflichtungen drei wesentlichen Kriterien genügen: Das Gesamtziel muss problemadäquat sein, d.h. das Re-

Foto: Image100

» Der Emissionshandel stimuliert die technologische Innovation, aber nicht die institutionelle und strukturelle. «

gime muss klimapolitisch wirksam sein. Es muss international gerecht sein, und es muss bei einer überwiegenden Mehrheit von Regierungen Akzeptanz finden. Eine Aufgabenstellung, die die *Research Community* zu immer neuen Vorschlägen für ein Post-Kyoto-Regime beflügelt.

Klar ist, dass den ärmsten Ländern auf lange Sicht keine Verpflichtungen auferlegt werden, statt dessen Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen und den Aufbau einer klimafreundlichen und schadstoffarmen Energieversorgung gewährt wird. Immer mehr Länder werden sich jedoch bei steigender Wirtschaftskraft und wachsendem Energieverbrauch auf Klimaschutz verpflichten müssen, eine leidlich akzeptable Begrenzung des Klimawandels ist sonst nicht möglich.

Erfolgversprechend klingt deshalb ein gewisser Automatismus, der gewährleistet, dass ein Land bei Überschreiten einer bestimmten Schwelle der Wirtschaftsentwicklung und/oder Emissionen pro Kopf in eine Verpflichtung „hineinwächst“. Wenn diese Schwelle von den Klimaschutzerfolgen der Industrieländer abhängig gemacht wird, lässt sich eine größere Akzeptanz bei den Entwicklungsländern erreichen. Glaubwürdigkeit ist ohnehin ein nicht zu unterschätzendes Argument in der Klimadiplomatie, Brüche zwischen Absichtserklärungen und Umsetzung werden genau wahrgenommen. Gerade bei den Entwicklungsländern sitzt der Verdacht tief, dass die reichen Länder Klimaschutz nur so weit treiben, dass die eigene Autoindustrie daran nicht Schaden leidet.

STELLT SICH ALS NÄCHSTE FRAGE, wie die Verpflichtungen formuliert werden sollen. In der Regel geht man davon aus, dass dies früher oder später quantifizierte Begrenzungen der Emissionen sein müssen. Nach Zufallsprinzip oder durch Verhandlungsgeschick wie beim Kyoto-Protokoll wird das nicht mehr funktionieren, ein systematischer Weg ist gefragt, der auf objektiven Kriterien basiert. Neben schlichten, einleuchtenden, aber schwer durchzusetzenden Vorschlägen wie dem Pro-Kopf-Ansatz liegen dafür eine Reihe modifizierter Vorschläge auf dem Tisch, welche nationale Besonderheiten wie die Wirtschaftsentwicklung und -struktur berücksichtigen.

Immer wieder wird vorgeschlagen, sobald solche Ziele festgelegt sind, entsprechende Emissionsrechte zu vergeben – im weitestgehenden Fall sogar individualisierte Emissionskontingente – und den Rest dem Emissionshandel zu überlassen. Auf jeden Fall würde das zu erheblichen Mittelflüssen von Reich nach Arm führen. Aber könnte der weltweite Handel mit Emissionsrechten tatsächlich das Klima retten und uns zugleich eine weltweit gerechte Entwicklung bescheren?

DIE BISHERIGEN ERFAHRUNGEN zeigen: Die billigsten Reduktionspotenziale weltweit werden abgefutert, weitergehende Optionen bleiben links liegen. Aus der Sanierung veralteter Industrieprozesse werden Zertifikate zum Spottpreis generiert, anstatt die

Emissionen durch Auflagen zu verhindern. Kleinräumige Effizienzmaßnahmen unterbleiben, weil die Transaktionskosten zu hoch sind. Der *Carbon Market* stimuliert zwar die technologische Innovation, aber nicht die institutionelle und strukturelle. Für Handlungsoptionen wie etwa klimaschonende Siedlungsplanungen gibt der Zertifikatehandel keine Impulse. Gerade mittel- und langfristig besonders wichtige Maßnahmen, die zu verändertem Mobilitäts- und Konsumverhalten führen – seien es bewusstseinsbildende, planerische oder Infrastrukturmaßnahmen – garantieren in der Regel keine kurzfristig und eindeutig zuordbare Emissionsminderung. Der Zertifikatehandel ist deshalb für sie blind.

Hier brauchen wir zusätzlich Politiken und Maßnahmen. Schauen wir noch einmal nach China: Nach Schätzungen chinesischer Experten trägt dort der Verkehr bis zu fünfzig Prozent zur Umweltbelastung der Städte bei – eine Situation wie in den Städten der USA, die für Zersiedelung und mangelnden öffentlichen Nahverkehr berüchtigt sind. Auch chinesische Autoren betonen, dass Stadtplanung und Infrastrukturmaßnahmen der Schlüssel zur Entlastung der Städte sind, während rein technische Maßnahmen höchstens den Zuwachs an Fahrzeugen und Kilometerleistung kompensieren.

IN STÄDTEN UND REGIONEN werden entscheidende Weichen für eine kohlenstoffeffiziente Gesellschaft (*low-carbon society*) gestellt. Doch für die nachhaltige und klimaschonende Siedlungsentwicklung in Nord und Süd sehen die internationalen Vereinbarungen keinerlei Anreize vor. Die in einigen Post-Kyoto-Vorschlägen enthaltenen Ansätze, in die zukünftigen Verpflichtungen nicht nur quantifizierte Ziele sondern auch konkrete Maßnahmen einzubeziehen, sollten deshalb dringend weiterentwickelt und präzisiert werden. Denkbar wäre ein „Menü“ vorgegebener Maßnahmen in den relevanten Handlungsfeldern, z.B. Abbau von schädlichen Subventionen, schrittweise erhöhte Besteuerung fossiler Energieträger, Motivation, Training und Beratung für regionale und lokale Regierungen (Vereinbarungen mit Kommunen und Regionen zur Umsetzung umfassender lokaler und regionaler Klimaschutzprogramme; schrittweise verbesserte Effizienzstandards für Geräte und Fahrzeuge usw.) – die erforderlichen Maßnahmen sind im Prinzip längst bekannt. Wieso sollten sie nicht Teil eines neuen Klimaregimes werden? Jede Regierung kann und muss sich dann aus dem Maßnahmen-Menü ihr Programm zusammenstellen und umsetzen. Zumindest für die „Einsteiger“ in die Post-Kyoto-Verpflichtungen wäre dies ein Schritt, der vielleicht nicht eine bestimmte Emissionsminderungsmenge bis um Zeitpunkt x garantiert, dafür aber die nachhaltigere Entwicklung. ■

1 Der mit der Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien 2004 in Bonn gestartete Prozess, der auf freiwillige Selbstverpflichtungen einzelner Länder sowie auf Partnerschaften setzt, siehe www.ren21.net
2 die Emissionen, die für eine Einheit an Wertschöpfung anfallen

VITA | PUBLIKATIONEN



GOTELIND ALBER ist Diplomphysikerin und als Politikberaterin im Bereich Energie und Klimaschutz tätig. Davor hat sie für das Öko-Institut Freiburg und das Klima-Bündnis gearbeitet, seit 1997 als Geschäftsführerin des internationalen Sekretariats des Klima-Bündnis in Frankfurt. **JÜNGSTE VERÖFFENTLICHUNGEN:** „Klimaneutral? – Freiwillige Kompensation von Treibhausgasemissionen“, Klima-Bündnis 2006, und „Gute Argumente gegen die Atomenergie“, in: 20 Jahre Tschernobyl. Frauen aktiv gegen Atomenergie – wenn aus Wut Visionen werden, hrg. von genanet/U.Röhr 2006.

„DERZEIT WERDEN SO VIELE UMWELTMASSNAHMEN DISKUTIERT UND VERABSCHIEDET...“

Der Nationale Volkskongress hat getagt. Yu Jie, Programmberaterin des Böll-Stiftungs-Büros in Peking, beantwortet die Fragen der Böll.Thema-Redaktion nach den jüngsten ökologischen Prozessen in China.

Was hat Ihrer Einschätzung nach die jüngste Sitzung des Nationalen Volkskongresses Chinas für den Ausgleich zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltinteressen gebracht?

Es wurden zwei wichtige Themen diskutiert: zunächst einmal die Zielvorgaben für Energieeffizienz und Luftverschmutzung. Auf dem Nationalen Volkskongress (NVK) im vergangenen Jahr hat die Regierung den elften Fünfjahresplan verkündet. Dabei hat sie zum ersten Mal ein Energieeffizienzziel genannt: Innerhalb von fünf Jahren soll der Energieverbrauch um zwanzig Prozent pro BIP-Einheit reduziert werden. Im ersten Jahr des Fünfjahresplanes wurde statt der geplanten vier Prozent allerdings nur eine Reduzierung von 1,2 erreicht. Und dann ging es auch um die Zielsetzung für Energiesicherheit.

Und das zweite Thema?

Das Abkühlen der überhitzten Wirtschaft. Die Regierung will das Wachstum verlangsamen, um die Wirtschaftsstruktur umweltfreundlicher zu gestalten. Die Überhitzung der Wirtschaft macht es schwer, deren ökologische und soziale Folgen in den Griff zu bekommen. Auf dem diesjährigen NVK hat Ministerpräsident Wen Jiabao das Ziel verkündigt, das Wachstum, das im Vorjahr zehn Prozent betrug, auf dem Niveau von acht Prozent zu halten. Doch obwohl die Umwelt und insbesondere die Energieversorgung zu den wichtigsten Themen gehören, hatten sie dieses Jahr nicht allerhöchste Priorität. Oben auf der Tagesordnung standen die Situation der Bauern, die Bildung, die Industriemonopole und das Wohnungswesen.

China hat die geplante Reduzierung des Energieverbrauchs um vier Prozent nicht erreicht? Warum?

Viele Projekte, die schon vor Jahren geplant worden und mittlerweile im Bau sind, ließen sich nicht mehr stoppen. Es gibt einen starken Druck, immer neue Vorhaben zu realisieren; immer neue Investoren treten mit Ideen für den Wohnungsmarkt, für die biochemische Industrie usw. auf den Plan. Mittlerweile wächst auch die Inflationsangst.

Auf welche Weise will die Regierung das wirtschaftliche Wachstum regulieren?

Der Zinssatz wurde gerade auf 0,27 Prozent erhöht. Man verteuert die Kredite, um die Wirtschaft abzukühlen.

Gibt es seriöse Schätzungen, welche Kosten und Verluste die ungebremschte wirtschaftliche Expansion in China mit sich bringt? Führt schnelles Wirtschaftswachstum zu irgendeinem Netto-Wohlfahrtsgewinn, wenn man die enormen Umweltschäden in Rechnung stellt?

Nach neuen Daten, die die Weltbank, die chinesische Akademie der Wissenschaften und die staatliche Umweltschutzbehörde veröffentlicht haben, beläuft sich in China der Verlust durch Umweltschäden auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Durch eine Verlangsamung der Wirtschaft wird die Regierung bei neuen Vorhaben ökologische und soziale Regulierungen besser umsetzen können. Dann könnten sich Verlust und Gewinn die Waage halten.

Äußert sich Chinas Führung öffentlich über den Ausgleich von Wirtschaft und Umwelt, wird im Westen ausführlich darüber berichtet. Über konkrete Ziele, Instrumente, Programme hingegen wissen wir wenig.

Derzeit werden so viele Umweltmaßnahmen diskutiert und verabschiedet, dass ich sie hier nicht alle nennen kann. Nur einige Beispiele: Die Senkung des Energieverbrauchs um zwanzig Prozent pro BIP-Einheit in den nächsten fünf Jahren habe ich schon erwähnt. In diesem Zeitraum sollen sowohl die Luftverschmutzung als auch die Wasserverschmutzung um zehn Prozent zurückgehen. Die Luft ist so giftig und in ländlichen Gebieten das Wasser auch so dreckig, dass Menschen erkranken. Von 1988 bis 2000 ist die Krebsrate um zwanzig Prozent gestiegen.

Zu den Instrumenten: Gegenwärtig wird auf der Ebene der Zentralregierung ein ökologisches Berechnungssystem entwickelt, das so genannte Grüne BIP. Dieses Berechnungssystem macht die öko-

Foto: privat



logische Rechnung auf – verschmutzungsbedingte Schäden werden also in das BIP mit eingerechnet. Mehrere Städte haben sich dem Pilotprogramm angeschlossen, andere wiederum sind ausgestiegen.

Wie sieht das Pilotprogramm aus und warum haben sich einige Städte ihm angeschlossen und andere sich daraus zurückgezogen?

Beim Pilotprogramm geht es darum, Informationen für das Grüne BIP zusammenzutragen. Einige Städte kooperieren mit der Regierung und liefern die zur Bewertung der Umweltverluste erforderlichen Informationen. Andere Städte sind ausgestiegen, weil sie nicht wollten, dass ihre Ökobilanz der Regierung bekannt wird. Fälle allzu erheblicher Umweltschäden würden unter Umständen vor dem lokalen Volkskongress verhandelt. Das Programm ist aber noch ziemlich unausgereift und unvollständig, Gesundheitsschäden werden zum Beispiel nicht berücksichtigt.

Gibt es weitere Programme oder Pläne?

Es gibt im ganzen Land zur Zeit hundert große Industrieprojekte, die energieeffizient umgestaltet werden. Die Regierung leistet dabei Unterstützung. Außerdem werden die Kohlekraftwerke mit einer Produktionskapazität unter 100 MW nach und nach stillgelegt, was insgesamt 500 GW in den nächsten paar Jahren entspricht. Das neue Energiespargesetz wird dieses Jahr dem Nationalen Volkskongress vorgelegt. Darüber hinaus wird es im Gesetz eine Bürgerbeteiligungsrichtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung geben.

Wie ist die Einbindung der Bürger zu verstehen?

Durch die Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung werden die Verantwortlichen animiert, den Menschen vor Ort zuzuhören und so zu erfahren, ob sie die neuen Vorhaben wie Industrieansiedlungen, Krankenhäuser, Straßenbau begrüßen. NGOs versuchen, diesen Prozess in Gang zu bringen, damit die Menschen die neuen Gesetze auch verstehen. Die wichtigste Maßnahme ist, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung als Richtlinie bei allen Neuvorhaben angewandt wird. Verabschiedet wurde das Gesetz vor drei Jahren, bislang wurde es kaum umgesetzt. Um das zu verbessern, hat die Staatliche Umweltschutzbehörde SEPA eine Reihe von Kampagnen gestartet. Dank der Bürgerbeteiligungsrichtlinie dürfen die Anwohner vor Ort bei Genehmigungsverfahren mitreden. Dieses Gesetz schafft für Interessengruppen die Möglichkeit, sich zu engagieren. Die SEPA versucht, dieses Gesetz von der Projektplanung auf die Sektorplanung in bestimmten Gebieten auszuweiten. So sollen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz sichtbar miteinander verknüpft werden.

Welche Durchschlagkraft hat die SEPA?

Einige Städte sind den Umweltauflagen der SEPA nicht gefolgt und haben etwa weiterhin neue chemische Firmen angesiedelt. Die

SEPA verbietet ihnen daraufhin die Ansiedlung weiterer Firmen oder die Realisierung weiterer Projekte. Sie dürfen erst dann wieder etwas Neues machen, wenn sie sich die Erlaubnis von der SEPA zurückgeholt haben. Die SEPA wird immer stärker. Die Behörde macht auch große Medienkampagnen, um ihre Botschaft an die Leute zu bringen.

In welchem Umfang werden marktorientierte Instrumente eingesetzt, um die Umweltziele zu etablieren? Zum Beispiel Ökosteuern, Emissionsgebühren usw.?

Planwirtschaftlich betrachtet arbeitet die Politik im Wesentlichen mit zahnlosen Instrumenten. Die Regierung erkennt das aber zunehmend. Gegenwärtig erwägt sie, mehr marktorientierte Instrumente zu nutzen. Dazu gehört etwa eine höhere Besteuerung von Jeeps und anderen Fahrzeugen mit hohem Kraftstoffverbrauch. Manche Banken haben auch eine Zinspolitik entwickelt, die energiesparende Vorhaben fördert. Einerseits lernt die Regierung gerade, wie man diese Instrumente nutzt, andererseits nehmen einige große Industriekonzerne – zumal solche in Staatsbesitz – mit ihrer Lobbyarbeit massiv Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse.

Wie sehen die Umweltstandards für Autos aus?

Einige Städte beschränken den Autoverkehr im Stadtgebiet. In Shanghai muss man sich zum Beispiel um einen Führerschein bewerben. Das kann Tausende von Euros kosten. Aber in einer Stadt wie Peking wird, obwohl der Verkehr ein gravierendes Problem ist, mit den Steuern auf jeden Autokauf nach wie vor der Ausbau der städtischen Infrastruktur finanziert. Deswegen gibt es keine Restriktionen für den Autokauf. Die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission ermuntert die Menschen zum Kauf energiesparender und umweltfreundlicher Autos. Unterdessen müsste der U-Bahn- und Busverkehr ausgebaut werden, damit die Menschen im Alltag eine kostengünstige und bequeme Transportmöglichkeit zur Verfügung haben.

Ist so etwas wie eine Ökosteuer auf Benzin geplant?

Höhere Besteuerung von Benzin ist in der Diskussion, aber die Lobby der Autobauer ist dagegen. Und die Jeeps sind sehr populär.

Sind Sie optimistisch, wenn Sie die chinesische Entwicklung und die globale CO₂-Kurve betrachten?

Immerhin passiert endlich etwas! Die Regierung bemüht sich, wenn auch nicht genug, zu verhindern, dass die Menschen vor lauter Umweltzerstörung erkranken. Letztlich ist eine transparente Gestaltung der öffentlichen Finanzen die beste Methode für eine nachhaltige Entwicklung. Aber davon sind wir noch weit entfernt. ■

ÜBERSETZUNG: ANDREAS BREDENFELD

VITA

YU JIE ist zurzeit Programmberaterin des Pekinger Büros der Böll-Stiftung. Zuvor arbeitete sie drei Jahre bei Greenpeace International als Beraterin für Klima- und Energiekampagnen. Die Journalistin engagiert sich insbesondere für die Einführung erneuerbarer Energien in China und gehört zu den Autoren des allerersten Reports eines Windenergieszenarios für China.

WARUM WIR DIE CO₂-REDUKTIONSZIELE WOHL NICHT ERREICHEN WERDEN

Die Zielkonflikte, die sich aus Marktlogik, individuellem Verhalten und Klimaschutz ergeben, sind nicht gelöst. VON ACHIM BRUNNENGRÄBER

Schon immer haben sich aus der Gemengelage von internationaler Klimadiplomatie, neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Katastrophen, die mit dem Klimawandel in Verbindung stehen könnten, Themenkonjunkturen ergeben: 1992 etwa, als bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio die Klimarahmenkonvention unterzeichnet wurde. 1995, als das zwischenstaatliche Beratungsgremium IPCC in seinem zweiten Klimaschutzbericht verkündete, dass es unwahrscheinlich sei, dass die Erderwärmung ausschließlich natürliche Ursachen habe. Oder 1997, als in Kyoto festgelegt wurde, dass die Emissionen der Industrieländer bis 2012 um 5,2 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden müssten. Und nun erreicht uns ein neuer Boom, ausgelöst durch den Bericht von Sir Nicholas Stern, der vorrechnet, wie teuer der Weltwirtschaft der Klimawandel zu stehen kommen könnte, und durch den gerade veröffentlichten vierten Bericht des IPCC, der auf die extremen Folgen des Klimawandels hinweist. Auffällig ist allerdings, dass die früheren Konjunkturen allesamt ein schnelles Ende fanden.

Stellt sich die Frage, ob diesmal alles anders ist. Endlich scheint das Thema in die Mitte der Gesellschaft gewandert zu sein. Der Klimawandel wird von der Gruppe der acht mächtigsten Industrieländer und von der Europäischen Union als Herausforderung

für die Zukunft angesehen: Auf der G8-Agenda für Heiligendamm sind der nachhaltige Umgang mit Ressourcen, das Thema Energieeffizienz, Klimaschutz und der Kyoto-Prozess ganz oben platziert. Flankiert wird die klimapolitische Willensbekundung durch den Energiebericht der EU. Demnach will diese „eine nachhaltige, sichere und wettbewerbsfähige Energie bereitstellen“. Eine „neue industrielle Revolution“ soll in Gang gesetzt werden, um kohlenstoffarmes Wachstum voranzutreiben und die autarke Energieproduktion drastisch zu erhöhen. Schließlich hat sich die EU in ihrer Lissabon-Strategie zum Ziel gesetzt, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Die Lösungsansätze, die allseits verkündet werden, sind sattsam bekannt. Um die Widersprüche zwischen Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz aufzubrechen, wird nach einer Effizienzrevolution gerufen. Neue Technologien sollen helfen, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Mit erneuerbaren Energien, die zugleich tausende von neuen Arbeitsplätzen schaffen sollen, soll die fossile in die grüne Marktwirtschaft überführt werden. Ökologie und Ökonomie sollen durch den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft versöhnt werden. Eine neue Umweltpolitik richtet sich nicht gegen den Markt, sondern nutzt

ihn, um ressourcenschonenden Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür hat der Staat die Rahmenbedingungen zu setzen und Impulse zu geben. Zumindest der Diskurs um den alten Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie scheint in den öffentlichen Debatten um den Klimawandel ein anderer als noch vor einigen Jahren zu sein. Doch sollte nicht bereits mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung die weltweite Versöhnung zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem gelingen?

Sowohl in der G8-Agenda für Heiligendamm als auch in den EU-Strategiepapieren stehen nur abstrakte Ziele. Es fehlen die Programme und sektorspezifischen Maßnahmen, mit denen die Ziele einer zwanzigprozentigen Reduktion der CO₂-Emissionen oder der Ausbau der erneuerbaren Energien um zwanzig Prozent bis 2020 erreicht werden sollen. Nur an einem konkreten Maßnahmenkatalog könnte sich messen lassen, ob jenseits des medienwirksamen Wettrennens um die besten klimapolitischen Absichtserklärungen tatsächlich von einer ernstzunehmenden sozial-ökologischen Transformation der Energiesysteme die Rede sein kann.

Was aber ist die Grundlage für eine solche Transformation? Sie muss von dem ausgehen, was in der Klimapolitik bisher schon umgesetzt wurde. Das Kernstück des Kyoto-Protokolls ist der Emissionshandel, mit dem

» Zumindest der Diskurs um den alten Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie scheint ein anderer als noch vor einigen Jahren zu sein. «



Along the Bottom, 1995

in der EU und in Deutschland seit 2005 keine guten Erfahrungen gemacht wurden: Obwohl die Verschmutzungsrechte in der ersten Handelsperiode kostenlos ausgegeben wurden, schlugen die Stromkonzerne die theoretisch dafür anfallenden Kosten auf den Strompreis auf. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums haben die Stromkonzerne dadurch 2005 in Deutschland Gewinne zwischen sechs und acht Milliarden Euro zu Lasten der Stromverbraucher erzielt. Auch der Preisverfall der Zertifikate auf unter einen Euro ist kaum ein Anreiz zum Klimaschutz. Das Argument, Effizienz, Investitionen und Technologien zu verbinden, wenn CO₂ einen Preis erhält, läuft bislang ins Leere.

Zugleich sind in Deutschland 27 Kohlekraftwerke geplant bzw. bereits im Bau. Die Braunkohle gehört zu denjenigen Energieträgern, durch deren Verbrennung die meisten Treibhausgase ausgestoßen werden. Aber sowohl das Bundesumweltministerium als auch die großen Energiekonzerne bemühen sich darum, deren Einsatz in der Energiegewinnung mit den Klimaschutzziele zu versöhnen. Dazu dient die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage), die CO₂-Abscheidung und Speicherung der Treibhausgase. Nicht nur, dass diese Technologie erst in zehn bis 15 Jahren anwendungs- und marktreif sein wird und

sich die damit verbundenen Risiken auch Jahrzehnte später noch zeigen können, mit der massiven privaten wie staatlichen Förderung der CCS-Technologie wird zugleich der weitere Einsatz der fossilen Energien subventioniert und die gesellschaftliche Akzeptanz für deren Einsatz erhöht.

Die Klimapolitik sorgt also weit über ihr eigentliches Regelwerk hinaus für marktbelebende Impulse. Auch in der Automobilbranche wird ein ökologisches Image zu einem immer wichtigeren Wettbewerbsfaktor. Doch zeigen sich hier besonders die Widersprüche, mit denen sich die Klimapolitik konfrontiert sieht. Die EU wollte den CO₂-Ausstoß der Neuwagenflotte bis 2012 auf 120 Gramm je Kilometer beschränken. Die mächtige Lobby der Autoindustrie, unterstützt von Teilen der Regierung, sorgte dafür, dass die Begrenzung auf 130 Gramm angehoben wurde. Zugleich werden die modellspezifischen Einsparungen mengenmäßig überkompensiert. Der weltweit steigende Absatz von Autos wird das Klima noch viel stärker belasten als dies heute der Fall ist. Eine europaweite Ausweitung von Tempo-30-Zonen, eine Geschwindigkeitsbegrenzung, Obergrenzen im durchschnittlichen Verbrauch von Neuwagen oder gar ein umfassendes Konzept zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs scheitern jedoch nicht nur an der Autolob-

by oder der Politik der Industrieländer, sondern auch am individuellen Mobilitäts- und Konsumverhalten. Das Bewusstsein in der Bevölkerung darüber, dass der Klimawandel bedrohliche Ausmaße annimmt, war schon vor dem Stern- und IPCC-Report groß. Bis zum Handeln und zur Prävention ist es aber auch heute noch ein weiterer Schritt.

Somit stellt sich der Klimawandel als ein umfassendes und tiefgehendes gesellschaftliches Problem dar. Dessen ungeachtet wurde schon in der Klimakonvention und dem Kyoto-Protokoll vereinbart, dass sich die Vertragsparteien für die Förderung von mehr Wachstum und mehr Wettbewerb mit dem Ziel der Reduktion der CO₂-Emissionen einsetzen sollen. Die vielen Zielkonflikte aber, die sich aus der Marktlogik, aus Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung ebenso ergeben wie aus dem individuellen Verhalten sind damit noch nicht gelöst. Die Festlegung von allgemeinen Reduktions- oder Ausbauzielen – weniger Emissionen und mehr erneuerbare Energien – ohne konkreten Maßnahmenkatalog täuscht über die Widersprüchlichkeiten, mit denen sich die Klimapolitik beschäftigen muss, hinweg. Weder die Zielvorgaben noch die Mechanismen des Kyoto-Protokolls werden es zulassen, dass die Emissionen stärker gesenkt werden, als es der Rhythmus des Wirtschaftswachstums erlaubt. ■

Foto: privat

VITA | PUBLIKATIONEN



ACHIM BRUNNENGRÄBER ist Politikwissenschaftler und lehrt an der Freien Universität Berlin. Er leitet das Forschungsprojekt „Global Governance und Klimawandel. Eine Mehrebenenanalyse der Bedingungen. Risiken und Chancen sozial-ökologischer Transformationen“. Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). **VERÖFFENTLICHUNG** zum Thema (zus. mit Heike Walk, Hrsg.): Multi-Level-Governance. Umwelt-, Klima- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt, Nomos, Baden-Baden 2007 (i.E.)

GRÜN IST GRÜN – WIE DER DOLLAR

Durch die Vereinigten Staaten rollt eine grüne Welle. VON MARC BERTHOLD

Als Al Gore seinen Oscar für die Klimadokumentation „An Inconvenient Truth“ einsteckte, schwappte die neue grüne Welle zumindest über die Bildschirme durchs Land. Seit Monaten sprechen *Spiegel*, *Economist* und *Newsweek* davon, dass die Vereinigten Staaten derzeit ihre grüne Revolution erleben. Sie fragen sich, ob es eine vorübergehende Mode wie Aerobic oder die South Beach Diet ist oder ob jenseits des großen Teichs wirklich ein neues Zeitalter beginnt?

Wie immer in Amerika, und wohl überall sonst auch, gibt es darauf keine einfache Antwort. Wahr ist: Die Leute kaufen mehr biologisch angebaute Lebensmittel, füllen ihren Toyota Prius mit Ethanol und installieren Solarzellen auf ihren Dächern. In Zeitungen und Magazinen präsentieren Unternehmen wie BP, Chrysler oder DuPont ihre grünen Seiten und im Fernsehen laufen selbst auf den Unterhaltungskanälen Spezialsendungen zum Klimawandel und Energiesparen.

Der Trend ging, wie üblich, an den Küsten los. Die Städte sind die Inseln der Grüneligkeit. Whole Foods, die größte Öko-Supermarktkette, hat am New Yorker Central Park eröffnet. Und in San Francisco quälen sich die Hybridautos über die sieben Berge der Stadt – zum Fahrrad greifen die Computerexperten aus Silicon Valley dann doch nicht. Allen voran begeistern sich Al Gore,

Leonardo DiCaprio und Julia Roberts für den neuen Lebensstil.

Vieles setzt sich in der Tat erst mithilfe solcher Trendsetter durch. Und die sitzen in der Regel weder im Weißen Haus noch im Kongress. Vielmehr orientieren sich die Menschen an dem, was Amerikas beliebteste Talkshowmoderatorin Oprah Winfrey präsentiert, oder wovon der Schauspieler George Clooney im Frühstücksfernsehen schwärmt. Aber schwappt die grüne Welle, die den Bio-Produkten in den vergangenen beiden Jahren ein Plus von 38 Prozent bescherte, wirklich von den Küsten durchs ganze Land? Oder bleibt sie im Westen in den Rocky Mountains und im Osten in den Appalachen stecken?

Es ist mittlerweile ein Allgemeinplatz, dass alles mit „Katrina“ und dem Untergang von New Orleans begann. In der Tat ist Amerika am Tag danach zumindest in Sachen Klimawandel aufgewacht. Plötzlich wurden die harten Fragen gestellt und die Klimaskeptiker hatten ausgedient. Es war jedoch keine Läuterung biblischer Art. Vielmehr waren die Öl- und Kraftstoffpreise explodiert, viele Amerikaner konnten das Autofahren nicht mehr bezahlen. Und die Schäden in den Küstenorten und im Hinterland waren so groß, dass sich die Rückversicherungen fragten, ob sie sich dies noch ein zweites Mal leisten könnten. Im Geldbeutel wurde Klimawandel

zur Realität. Das schlug durch bis nach Washington. Sechs Monate nach „Katrina“ sprach Präsident Bush in seiner *State of the Union-Rede* von Amerikas Sucht nach Öl und ein Jahr später, im vergangenen Januar, erhielt auch der Klimawandel Einzug in seine Rede zur Lage der Nation. Während die Verbraucher ihre Hummer und andere dicke Vehikel links liegen ließen und auf sparsamere Autos umstiegen, begannen Bundesstaaten und Städte die Lücke zu schließen, die die fehlende Klimapolitik Washingtons aufgerissen hatte. Die Förderung von erneuerbaren Energien wurde intensiviert, die nordöstlichen Bundesstaaten entwickelten, angeführt vom New Yorker Gouverneur George Pataki, ein regionales Emissionshandelssystem, und Arnold Schwarzenegger setzte seinem Bundesstaat Kalifornien ein Klimaziel, welches sich auch in Europa sehen lassen kann: die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 80 Prozent bis 2050.

Im Januar schlossen sich Unternehmen wie der Chemiekonzern DuPont, der Aluminiumhersteller Alcoa und eine Reihe von Stromproduzenten mit führenden Umweltorganisationen zum „U.S. Climate Action Partnership“ zusammen, bekannten sich zu den Zielen des Kyoto-Protokolls und forderten eine nationale Klimapolitik, schön marktorientiert mit einem Emissionshandelssystem.

Foto: Archiv Heinrich-Böll-Stiftung

VITA



MARC BERTHOLD ist Referent für Umwelt, Klima und Energiepolitik im Büro der Bundestagsfraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Renate Künast. 2001 – April 2007 war er Programmleiter des Umwelt- und Globalen Dialogprogramms der Heinrich-Böll-Stiftung Washington DC. Schwerpunkte seiner Arbeit ist die transatlantische Klima- und Energiepolitik.

Wird Manhattan zum Biotop?



Lifestyles könnte es vorbei sein, wenn selbst die amerikanische Erika Mustermann zum Öko-Brot greift. Natürlich sollen möglichst viele Amerikaner Bio-Produkte kaufen. Das hilft gegen Übergewicht und schützt die Umwelt. Doch es stellt sich die Frage, inwiefern eine auf Masse ausgerichtete industrialisierte Bio-Landwirtschaft die Standards und Ideale der Biolandbewegung unterminiert und damit letztlich noch grün ist.

Die Öko-Verbände befürchten, dass der Bedarfsanstieg und der Preisdruck kleinere Familienunternehmen und Kooperativen vom Markt drängen werden. Regionalität und Nachhaltigkeit würden infrage gestellt, wenn Öko-Tomaten aus China und Öko-Bananen aus Afrika eingeflogen würden. Die Befürworter entgegnen, dass es der Umwelt nutze, wenn auch in China und Afrika weniger synthetische Düngemittel und Pestizide verwendet würden.

Ob die grüne Welle wieder verebbt, wird davon abhängen, aus welcher Richtung der Wind weht. Als die Kraftstoffpreise einige Monate nach „Katrina“ wieder sanken, ging auch der Verkauf der „Hummer“ erneut in die Höhe. Auch Präsident Bushs Klimaplan ist nicht notwendigerweise grün. Er orientiert sich vorwiegend an der Deckung des steigenden Energiebedarfs und weniger an dessen Senkung. In den kommenden zehn Jahren soll sich vor allem die Produktion von Ethanol aus Mais vervielfachen. Von Umweltorganisationen zwar lange gefordert, droht der Boom von Biokraftstoffen ein ökologisches und soziales Problem zu werden. Eine Intensivierung des industriellen Anbaus zehrt die Böden aus und gefährdet die biologische Vielfalt. Die wachsende Nachfrage hat zudem die Weltmarktpreise für Mais derart in die Höhe getrieben, dass Tortillas in Mexiko zum Luxusartikel geworden sind.

Seinen Oscar hat sich Al Gore mühsam verdient. Nun könnte er als Gründer des „grünen Kapitalismus“ in die Geschichte eingehen. Damit die grüne Welle Amerikas allerdings ein Erfolg wird, muss sie nachhaltig sein. ■

Die Wirtschaft und Finanzwelt meinen es ernst und machen Gewinn. Was Amory Lovins, Gründer des Rocky Mountains Institute und renommierter Visionär des „grünen Kapitalismus“, seit Jahrzehnten predigt, ist in den Chefetagen der Unternehmen angekommen: Grün ist grün – wie der Dollar. Der Energiekonzern General Electric will mit viel „Ecoimagination“ sowie Energieeffizienz Geld sparen und sein Wachstum sichern. Wall Street Investoren haben kürzlich den texanischen Stromkonzern TXU für 45 Milliarden Dollar aufgekauft, um mittelfristig dessen Kohlekraftwerke durch Windturbinen zu ersetzen.

Selbst böse Buben wie Exxon Mobil und Wal-Mart haben den Trend erkannt. Während Exxon weiterhin zweigleisig fährt und neben ein paar erneuerbaren Energien auch die Klimaskeptiker des American Enterprise Institute fördert, will Wal-Mart ganz vorn auf der grünen Welle mitschwimmen. In den nächsten drei Jahren will der Konzern 500 Milliarden Dollar in Klimaschutz investieren. Seine Supermärkte sollen dreißig Prozent Energie einsparen, die Liefer-

wagenflotte soll 25 Prozent effizienter und der Müll um 25 Prozent verringert werden.

Um sein Image aufzupolieren, hat auch Wal-Mart die Bio-Welle für sich entdeckt. Die Amerikaner wollen nicht nur im Prius mit gutem Gewissen im Stau stehen, sondern eben auch gesünder essen und leben. Und diesen Bereich will Wal-Mart nicht Whole Foods überlassen. Obgleich Öko-Produkte bislang nur 2,5 Prozent des U.S.-Lebensmittelmärkts ausmachen, sind die Wachstumsraten vielversprechend – bis zu 44 Prozent in den kommenden vier Jahren. Im letzten Herbst hat Wal-Mart daher begonnen, eine komplette Bio-Palette in seinen 4000 Supermärkten einzuführen, die Produkte sollen lediglich mit einem zehnprozentigen Aufschlag vertrieben werden. Auch Lebensmittelriesen wie Unilever und Danone haben Bio entdeckt und die führenden U.S.-Marken „Ben & Jerry's Organic“ und „Stonyfield Farm“ aufgekauft.

Die Verfechter des Öko-Landbaus sind sich nicht einig, ob dies der große Durchbruch oder der Anfang vom Ende ist. Zumindest mit dem modischen Trend des Bio-



Dies ist ein Hummer.

„ICH FÜHLE MICH GUT“

Konsumentenmacht als Lebensstil. VON SVEN SIEDENBERG

Aber klar doch, liebe Weltverbesserer, aber klar stammt das Hemd, das ich morgens aus dem Schrank hervorwühle und über meinen Oberkörper streife, von „American Apparel“, jener smarten T-Shirt-Kette, die mit modischen Öko-Textilien aus ethisch korrekter Fertigung nun auch den deutschen Markt erobert. Und die Hose, in die ich meinen Unterkörper kleide, wurde weder mit Pestiziden noch mit Kunstdünger oder Entlaubungsmitteln verseucht und auch nicht von Kinderarbeiterhänden zusammengeñäht. Es ist eine giffreie Jeans aus Bio-Baumwolle mit Kokosschalenknöpfen, entworfen von Stylisten aus dem Hause Levi's. Jetzt noch schnell die coolen Naturkautschuksneaker von Veja angezogen und die fesche Trainingsjacke von Misericordia übergeworfen – auf dass der Weltverbesserer-Geist, der all diesen Designerklamotten innewohnt, sogleich in meinen Ober- und Unterkörper und auch in meine Zehenspitzen fahre. Und siehe da: Schon nach wenigen Schritten merke ich, wie die schönen neuen Öko-Marken ihr Versprechen einlösen und die Oberfläche mit dem Innenleben versöhnen: Ich fühle mich gut! Mit einem guten Erste-Welt-Gewissen nippe ich dann an meinem fair gehandelten Kaffee und zünde mir eine ebenfalls fair gehandelte Zigarre an, woraufhin sich die schlechten Nachrichten aus dem Morgentelegramm quasi in Luft auflösen.

ICH BIN EIN „LOHAS“. Ein konsumfreudiger Genussmensch, der – im Gegensatz zu den karrierebewussten Yuppies und profitorientierten Dinkies – die Umwelt schont. Erfunden haben mich die Marktforscher, die mir das Etikett „Lifestyle of Health and Sustainability“ verpasst haben und dafür sorgen, dass die bunten Zeitgeistmagazine regelmäßig über mich berichten. Weil ich kaufkräftig bin und gerne shoppe, mal direkt beim Erzeuger, dann wieder in Konsumtempeln mit Wohlfühlatmosphäre, behaupten böse Zungen zwar, ich würde nur mein Ego pflegen. Aber das stimmt nicht. Ich glaube nur fest an die Macht des Einkaufswagens. Durch richtiges Einkaufen kann man nämlich den Raubtierkapitalismus zähmen, nicht durch hektischen Aktivismus oder lustfeindliche Askese. Je mehr ich davon höre, wie Futtermittel hergestellt und Kakao gepflückt, Fische gefangen, Handtaschen genäht oder Energieressourcen ausgebeutet werden, desto kritischer prüfe ich Siegel und Zertifikate, desto mehr achte ich auf die sozialen und ökologischen Folgen meiner Kaufentscheidung. Über die Verquickungen von Welthandel und Billiglöhnen, Energieverbrauch und Klimawandel,

Chemie und Allergien bin ich bestens informiert, schließlich kann ich nicht den ganzen Tag energiesparende Halogenlampen gegen Glühbirnen austauschen oder tropfende Wasserhähne zudrehen, und immer nur im Manufaktur-Katalog herumblättern, wird irgendwann auch ziemlich öde.

DASS MAN MICH „ÖKOBOHEME“ NENNT und ich zum Trendsetter aufsteigen konnte, liegt auch an der Strahlkraft meiner Vorbilder. Nein, nein, nicht an den Großeltern, die einst in Gesundheitslatschen gegen Atom-Kraftwerke demonstrierten, das Korn mit der Schrotmühle zerrieben, die selbstgesponnene Wolle mit Pflanzenfarben färbten, Brennsettee tranken und ein spaßfreies, möglichst naturidentisches Leben führten. Meine Vorbilder heißen Cameron Diaz, die ein sparsames Hybrid-Auto fährt. Brad Pitt, der seine Häuser auf Solarenergie umgerüstet hat. Leonardo DiCaprio, der für den Regenwald kämpft. Oder Madonna, die sich Rosencreme von Dr. Hauschka ins Gesicht schmiert. Das tue ich auch, wegen der gesunden Inhaltsstoffe und damit ein bisschen Glamour auf mich abstrahlt. Und viele andere tun das ebenfalls, weshalb die Avantgarde nun Mainstream wird.

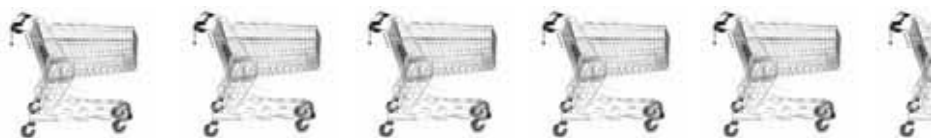
JA, MAN KANN SICH GLÜCKLICH SHOPPEN mit Ikea-Möbeln ohne Tropenholz, mit hormonfreiem Knochenschinken von Herrmannsdorfer, mit der roten Kreditkarte von American Express, bei der ein Prozent des Umsatzes an die Aidshilfe in Afrika geht. Andererseits spaltet sich meine Konsumentenseele beim Shoppen immer wieder in Supermarkt-Es, Supermarkt-Ich und Supermarkt-Überich. Das Es will sich vollstopfen, egal womit. Das Überich möchte nach hohen moralischen Standards leben. Das Ich wiederum möchte es allen recht machen, auch dem Geldbeutel. Spätestens, wenn der Zahlbetrag im Kassendisplay leuchtet, ist klar: Ein gutes Gewissen gibt es nicht gratis. Und das ist gut so. Finde ich.

Nach den „Lohas“, so wispern die Zukunftsforscher, sollen übrigens die „Lovos“ kommen. Die pflegen einen Lifestyle of voluntary Simplicity, das freiwillig einfache Leben. Also Verzicht statt Nachhaltigkeit? Da hätte ich dann aber ein richtig schlechtes Gewissen. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



SVEN SIEDENBERG ist Redakteur im Wochenendfeuilleton der Süddeutschen Zeitung. **JÜNGSTE BUCHVERÖFFENTLICHUNG:** „Do you remember? Kleines Album vergessener Helden“ (dtv).



BELLEN UND BEISSEN

Konsumentenmacht durch Verbraucherorganisationen. VON KLAUS MÜLLER



In der Theorie ist es bestechend einfach und für die meisten Politiker steht es außer Frage: Marktwirtschaft funktioniert. Wenn auf freien Märkten Angebot und Nachfrage aufeinander treffen, ein paar wenige Spielregeln eingehalten werden („Klauen ist verboten“), sind alle Seiten zufrieden. Die Verbraucher lenken durch ihr Kaufverhalten das Angebot. Sie bescheren erfolgreichen Anbietern vertrauenswürdiger Waren Gewinne und ruinieren die Anbieter schlechter Waren ganz im Sinn der „schöpferischen Zerstörung“ des 1950 gestorbenen Nationalökonom Joseph Schumpeter. Der Ökonom und Moralphilosoph Adam Smith wusste dies bereits 1776.

Soweit die Theorie, nur sie deckt sich nicht mit unserer Alltagserfahrung. Einige Beispiele:

- Fehlernährung droht insbesondere bei Kindern zur Belastung unseres Gesundheitssystems zu werden. Allem Anschein nach beeinflusst die Bewerbung von Süßigkeiten als „fettfrei“, „mit dem Besten aus entrahmter Milch“ oder „viel Calcium“ unser Urteilsvermögen.
- Obwohl seit 1994 für viele Haushaltsgeräte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen eine Energieverbrauchskennzeichnung vorgeschrieben ist, wurde diese seitdem nicht mehr aktualisiert. Eine vermeintlich „gute“ Auszeichnung (Klasse B) kann energetisch heute auf dem Stand von vorgestern sein.
- Bereits 1983 urteilte der Bundesgerichtshof, dass viele Ratenkreditverträge aufgrund überhöhter Zinsen sittenwidrig seien. Heute lassen sich Tausende von Kreditnehmern teure Versicherungen unterjubeln, die nur die Risiken der Banken absichern sollen und somit zu einem höchst lukrativen Nebengeschäft geworden sind. Die Zahl von Privatinsolvenzen hingegen steigt von Jahr zu Jahr.

Die Unwissenheit des Konsumenten haben auch die Wirtschaftswissenschaftler inzwischen als schwarzen Flecken auf der weißen Weste der Marktwirtschaft entdeckt und bezeichnen ihn als „asymmetrische Information“. Der Nobelpreisträger George Akerlof hat nachgewiesen, dass sich auf Märkten mit ungleicher Information tendenziell Güter und Dienstleistungen mit schlechter bis mittlerer Qualität durchsetzen. Marktpartner mit geringem Informations-

stand – in der Regel die Verbraucher – können die Qualität der besten Güter aufgrund fehlender Informationen oder zu geringer Bereitschaft, sich diese zu besorgen, nicht zutreffend beurteilen. Sie sind deshalb nur bereit einen mittleren Marktpreis für die unterstellte mittlere Qualität zu bezahlen. Somit müssten die Anhänger der freien Marktwirtschaft eigentlich die größten Freunde des Verbraucherschutzes und der Verbraucherorganisationen sein, da sie als Lieferanten anbieterneutralen Wissens zur Informationssymmetrie und somit zu einer höheren Angebotsqualität beitragen. Eine effektive, aktuelle, dynamische Verbraucherberatung kann die „strukturbedingte Schwäche der Verbraucherseite bei Informationsbeschaffung, Organisationsgrad und Interessensvertretung ausgleichen und die Marktbalance zwischen den Marktteilnehmern herstellen beziehungsweise wahren“, so der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung 2003.

KLEINE GESCHICHTE DES VERBRAUCHERSCHUTZES

- **Mitte des 19. Jhs.** Auflehnung irischer Landleute gegen den englischen Gutsverwalter Charles C. Boycott. Sie verweigern sich seinen Befehlen, bis er aufgibt. Diese Strategie ist als „Boycott“ in die Geschichte eingegangen und wird seitdem von Verbrauchern genutzt.
- **Anfang des 20. Jhs.** Protest Chicagoer Bürger gegen die katastrophalen Zustände in den Schlachthöfen. Gründung der Food and Drug Administration (FDA), die Qualitätsstandards und Kennzeichnungen der Waren durchsetzt.
- **1953.** Gründung der deutschen Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände.
- **1962.** Präsident John F. Kennedy formuliert die vier Grundrechte der Verbraucher („Das Recht auf Sicherheit“, „Das Recht auf Information“, „Das Recht auf Wahlfreiheit“ und „Das Recht, Gehör zu finden“).
- **1964.** Gründung der deutschen Stiftung Warentest.
- **1971.** Die Bundesregierung legt erstmals einen Bericht über Ziele und Maßnahmen ihrer Verbraucherpolitik vor.
- **1983.** Weiterentwicklung der von Kennedy formulierten Rechte zur UN-Verbrauchercharta.
- **1985.** Einführung des *consumer's index* in den USA, der das Verbrauchervertrauen misst. Der Index ist ein ebenso wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung wie Inflationsrate oder Bruttosozialprodukt.
- **Seit der BSE-Krise 2001** führt ein Bundesministerium den Verbraucherschutz im Namen und ist Verbraucherpolitik eine Querschnittsaufgabe. Sie geht weit über ernährungspolitische Fragen hinaus und mischt sich in die Umwelt-, Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Bildungspolitik ein.



„Shopping for a better world“ – mit dieser programmatischen Parole hat der Council on Economic Priorities (Rat für die Festlegung ökonomischer Prioritäten) seit Anfang der 90er Jahre in den USA beeindruckende Erfolge erzielt. CEP widmet sich der unparteiischen Analyse der sozialen und ökologischen Geschichte von Firmen, um Investoren und Konsumenten in ihrer Produktwahl zu unterstützen, denn Firmen werden durch die Entscheidung der Konsumenten in ihrer Strategie beeinflusst. Die internationalen Boykottaktionen gegen den Nestlékonzern (Stichwort Babynahrung), gegen das Apartheid-Regime in Südafrika oder den Shell Konzern („Brent Spar“) gehören zu den bekanntesten Aktionen. Viele internationale Konzerne achten inzwischen auf die Arbeitsbedingungen in ihren asiatischen Produktionsstätten, weil sie sonst dramatische Absatzeinbußen befürchten müssen. Die zögerliche Haltung des deutschen Bauernverbands und inzwischen auch beträchtlicher Teile der CSU zur Agrogentechnik hängt mit der deutlichen Ablehnung der Verbraucher gegenüber gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln zusammen. Und über Bio-Lebensmittel wird zurzeit an der Supermarktkasse abgestimmt.

Spürbar ist ein neues Selbstbewusstsein der Verbraucher. Sie wissen, dass es von ihren Kaufentscheidungen abhängt, ob die Globalisierung in einen reinen Unterbietungswettbewerb und damit in einen *race to the bottom* zulasten von Ökologie und Sozialstandards mündet, oder ob sich ein nachhaltiger Konsum durchsetzt. Es gibt eine Reihe von Kriterien, die das entscheiden:

- Gibt es genügend einfach zugängliche Informationen, sowohl im Internet (etwa die Produktempfehlungen des Ökoinstituts unter www.ecotopen.de) als auch in den Beratungsstellen der Verbraucherzentralen? Oder zieht sich die Politik immer weiter aus deren Finanzierung zurück? In Mecklenburg-Vorpommern haben die Sparmaßnahmen der SPD-PDS Regierung bereits zur ersten Insolvenz einer Verbraucherzentrale geführt. Nur wenn Verbraucherorganisationen informieren („Bellen“) und Sammelklagen führen („Beißen“) können, ist es ihnen möglich, die grauen und schwarzen Schafe einzufangen.
 - Wird sich in Deutschland wie in den angelsächsischen Ländern eine Corporate Social Responsibility (CSR) durchsetzen, d.h. werden Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen? Die Stiftung Warentest berücksichtigt CSR-Aktivitäten inzwischen in ihren Tests, und die Verbraucherzentrale in NRW lotet zurzeit aus, ob sie dem folgen will.
 - Werden die Informationsrechte der Verbraucher Behörden und Unternehmen gegenüber gestärkt? Oder verheddert sich das Verbraucherinformationsgesetz endgültig im föderalen Dickicht? Dabei könnten Unternehmen Wettbewerbsvorteile erzielen, wenn sie Informationen über die Herstellungswege ihrer Produkte veröffentlichen würden.
- Es gilt: Je präventiver und politischer Verbraucherschutz auftritt, desto mehr Durchhaltevermögen hat er beim Bohren dicker Bretter. ■

VITA

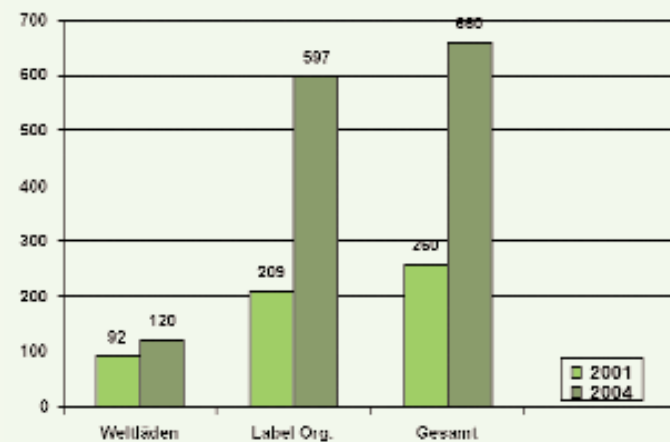


KLAUS MÜLLER war von 1998 bis 2000 Bundestagsabgeordneter und finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. 2000 – 2005 Umwelt- und Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein. Seit 2006 Leiter der Verbraucherzentrale NRW (www.vz-nrw.de).

Umsatzentwicklung Bio-Lebensmittel in Deutschland (in Milliarden Euro)



Umsatzentwicklung Fair Trade in Europa (in Millionen Euro)



Quellen

Oekolandbau.de: Bio-Markt Kompakt. Kennzahlen zum Markt für Bio-Lebensmittel. Bonn, 2006
Fair Trade Advocacy Office: Fair Trade in Europe 2005. Brüssel, Dezember 2005

BLAUE ENGEL

Bio-Siegel, Fair Trade – woran erkennt man, was gut ist?

VON VOLKMAR LÜBKE



Kampagnen gegen Missstände können heute schnell Erfolg haben, insbesondere wenn sie sich mit Themen verbinden, die empörungsträchtig sind. Die Rücknahme des Schokoriegels „Butterfinger“ durch Nestlé, nachdem eine bundesweite Kampagne der Greenpeace-Jugend auf den genmanipulierten US-Mais im Riegel hingewiesen hatte, ist dafür ein Beispiel. Oder die über Jahre geführte Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie. Sie brachte deutsche Anbieter dazu, die Initiative „Care & Fair“ zu gründen.

Schwieriger ist es, große Verbrauchergruppen dazu zu bringen, ihr Kaufverhalten dauerhaft an ethischen und ökologischen Kriterien auszurichten. Dies liegt daran, dass dabei mit Vertrauenseigenschaften gehandelt wird, die dem Produkt weder direkt angesehen noch aus Erfahrungen abgeleitet werden können. Woher kann man wissen, wie eine Ware hergestellt wurde? Welchen Informationen kann man trauen? Überhaupt, ist das nicht alles viel zu anstrengend?

Immerhin, das Interesse von Verbrauchern und kritischer Öffentlichkeit an diesen Informationen wächst und viele Unternehmen reagieren. Nicht wenige unterwerfen sich Selbstverpflichtungen, nutzen Labelling und schreiben Nachhaltigkeitsberichte. Auch der Staat weitet die Kennzeichnungspflichten auf sozial-ökologische Daten aus.

LABEL SPIELN DABEI EINE WICHTIGE ROLLE. Produktsiegel signalisieren die besondere Qualität des Angebots auf einen Blick und üben noch im Moment der Kaufentscheidung Einfluss aus. Voraussetzung dafür ist, dass sie bekannt sind. Die Anzahl der Siegel wird gegenwärtig auf über tausend geschätzt. Diese Vielfalt bildet das größte Hindernis für ihre Wirksamkeit. Verbraucherorganisationen bemühen sich deshalb um mehr Transparenz. In der Datenbank www.label-online.de der Verbraucher-Initiative werden fast 300 Siegel erläutert und bewertet, und unter www.label-dschungel.de stellen die Verbraucherzentralen rund dreißig besonders wichtige Label vor.

Einer der wichtigsten im deutschen Markt ist der Blaue Engel. Das klassische Umweltzeichen wurde 1977 präsentiert und wird heute für gut 3700 Produkten in achtzig Warengruppen genutzt. Das

Bio-Siegel wurde 2001 eingeführt, um die Zeichen, mit denen bis dahin Lebensmittel aus ökologischem Anbau ausgewiesen wurden, zu vereinheitlichen. Die Grundlage der Siegelvergabe bildeten die Vorgaben der EG-Öko-Verordnung von 1991. Damit reichen die Kriterien zwar bei weitem nicht an das Niveau heran, das die ökologischen Anbauverbände durchsetzen wollten, aber der Markt wurde dadurch für mehr Anbieter geöffnet. Gegenwärtig sind mehr als 34 000 Produkte von rund 1800 Unternehmen mit dem Bio-Siegel gekennzeichnet. Das Bio-Siegel hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, Verbrauchervertrauen in Bio-Produkte herzustellen. 2005 erzielte der klassische Lebensmitteleinzelhandel mit über 2 Milliarden Euro den größten Anteil am Umsatz, gefolgt vom Naturkostfachhandel mit fast einer Milliarde.

DER UMSATZ VON FAIR-TRADE-PRODUKTEN hat in Deutschland um 2000 ein Tief durchschritten, gewinnt aber zunehmend Anschluss an das weltweite Wachstum. Dies geht wesentlich auf den steigenden Umsatz in Supermärkten zurück. Eine bemerkenswerte Leistung der Fair-Trade-Organisationen ist die Einigung auf ein global einheitliches Siegel, womit der Siegelvielfalt entgegengewirkt wird.

Die Tatsache, dass der Begriff des Fairen Handels nicht geschützt ist, lässt sehr unterschiedliche Anbieter zu. Eine größer werdende Zahl von Unternehmen prüft die Möglichkeit, selbst zum Anbieter von fair gehandelten Produkten zu werden, wobei im Zentrum die Verwendung des Fair-Trade-Siegels steht. Dabei tauchen neue Akteure auf, zum Beispiel Nestlé, ein Konzern, der früher eher zur Gegenseite gehörte. Zahlreiche Firmen versuchen, auf den Zug aufzuspringen, indem sie eigene Konzepte und Siegel entwickeln. Diese sind allerdings in Hinblick auf die Kriterien schwächer als die Originalkriterien der fairen Handelsorganisationen.

Die Informationslage für die Verbraucher ist unübersichtlich geworden. Die Aufgabe für Verbraucherorganisationen liegt jetzt darin, in der Öffentlichkeitsarbeit die Unterschiede zwischen „Fair Trade“ und „Fair Light“ deutlich zu machen und zu den Qualitätsunterschieden verschiedener Labels Stellung zu nehmen. ■

Fotos: privat, Michael Kirsten



VITA



VOLKMAR LÜBKE arbeitet seit 1980 in, mit und für Verbraucherorganisationen. Seine thematischen Schwerpunkte sind „verantwortlicher Konsum“ und „Unternehmensverantwortung“.



„GUTES GEWISSEN RENTIERT SICH“

Der Slogan „Grünes Geld“ nährt die Hoffnung, dass sich der Kapitalismus besänftigen ließe. Können wir die Welt mit Geld tatsächlich besser machen?

Der deutsche Konzern MAN Ferrostahl hat den Sohn des nigerianischen Diktators Sani Abacha beschäftigt – wohl in der Hoffnung auf Großaufträge. Daimler-Benz hat sich früh für die Gewerkschaftsbewegung in Südafrika eingesetzt. Auch dabei ging es um einen Markt der Zukunft. Wenn man mit Geld schlimme Dinge bewirken kann, ist es auch möglich, damit gute Ziele zu erreichen. Der Trick besteht darin, die ungeheure Anziehungskraft des Geldes an der richtigen Stelle einzusetzen. Denken Sie an die Granmeen-Bank des Nobelpreisträgers Mohammed Junus, der an Millionen Arme Kleinkredite gibt. Oder an Fabriken, die Solarzellen herstellen.

Muss Grünes Geld dem sozialen Fortschritt verpflichtet sein?

Nachhaltigkeit beinhaltet auch soziale Verantwortung jenseits der Erwartung von Profit. Weder sollten Unternehmen die Umwelt schädigen noch ihren Beschäftigten schlechte Arbeitsbedingungen zumuten. Das Recht, Gewerkschaften zu gründen, ein Anspruch auf Urlaub und fairen Lohn gehören international zum Basisstandard. Viele Unternehmen sind inzwischen bereit, mehr zu tun als das Minimum. Keiner der großen Konzerne kann es sich leisten, die soziale Verantwortung so zu vernachlässigen, wie es in der Vergangenheit mitunter geschehen ist.

Gegenwärtig werden weltweit 180 zusätzliche Autofabriken geplant oder gebaut, um die Produktionskapazitäten auf 110 Millionen Fahrzeuge pro Jahr zu verdoppeln. Das legt den Schluss nahe, dass es sehr schwer wird, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen.

Letztlich wird es gehen müssen, wir haben keine Alternative. Anfänge sind auch schon gemacht. Hunderttausende Jobs in Deutsch-

land hängen nicht an der Autoindustrie, sondern an der Produktion von Wind- und Solarkraftwerken. So stünde die Maschinenbau-Firma Flender in Bocholt, NRW heute vor dem Aus ohne den deutschen Windkraftboom.

Täglich werden auf den internationalen Finanzmärkten zwischen 1000 und 2000 Milliarden Dollar investiert. Nur ein Bruchteil davon folgt ökosozialen Kriterien. Haben wir es beim „grünen Geld“ mit einer unbedeutenden Nische zu tun?

Dieses Segment ist klein, aber es wächst stark. Die *Financial Times*, eines der Leitmedien des globalen Kapitals, unterhält neben dem klassischen britischen Aktienindex einen nachhaltigen Aktienindex FTSE4Good. Und im vergangenen Jahr haben die Briten den Hilton Hotel Konzern und die *New York Times* wegen Nichteinhaltung von Umweltkriterien aus diesem Index verbannt. Jetzt verlangt der Index von den 250 Firmen, die dort gelistet sind, dass sie künftig ihre CO₂-Emissionen jährlich um 2,5 Prozent reduzieren. Bislang erfüllen erst fünfzig der 250 Firmen diese Vorgaben. Solche Anforderungen finden natürlich ihren Niederschlag in der Politik der Aktiengesellschaften selbst. So haben achtzig internationale Konzerne unlängst die Regierungen aufgefordert, mehr für den Klimaschutz zu tun. Und Siemens-Chef Klaus Kleinfeld ist nach Davos gereist und hat verkündet, dass der größte Teil seiner Innovationsanstrengungen dem Energiesparen diene.

Immer mehr Investoren richten ihre Anlagepolitik also danach aus, ob Unternehmen ökologische und soziale Kriterien beherzigen?

Wir haben es mit einem Trend zu tun. Eine ganze Branche lebt inzwischen von ökosozialem Investment. Hunderte Banken, Beratungsfirmen und Anlagegesellschaften konstruieren Geschäftsmodelle

» Ökologisch bewusste Anleger können ruhig schlafen. Die grünen Fonds liegen bei der Rendite oft weit vor den konventionellen Fonds. «

Grüne Fonds haben Zulauf und bieten überdurchschnittliche Renditen. Aber ist dabei von einem stabilen Trend auszugehen? Wie vertrauenswürdig sind ökosoziale Geldanlagen? Und lässt sich mit ihnen tatsächlich Sinnvolles erreichen? Ein Gespräch mit Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur der Zeitschrift *Finanztest* der Stiftung Warentest

delle, die auf Grünem Geld basieren. „Ökovation“, der bekannteste ökologische Aktienfonds in Deutschland, verwaltet inzwischen allein 450 Millionen Euro.

Was versprechen sich die Investoren von einer Geldanlage, die nicht nur dem Profit gehorcht?

Viele Investoren glauben, dass es für Unternehmen gut ist, sich ernsthaft mit der Zukunft zu beschäftigen. Wenn nun eine Firma die sozialen und ökologischen Herausforderungen, die auf uns zukommen, in ihrer Geschäftspolitik berücksichtigt, kann dies als Ausweis solider Zukunftsstrategie gelten. So etwas honorieren Investoren. Denn eine plausible Strategie spricht dafür, dass das betreffende Unternehmen noch lange am Markt ist – anders als möglicherweise seine Konkurrenten, die kurzatmiger wirtschaften.

Investoren scheuen das Risiko?

Sie wollen keinen Verlust erleiden. Sie hassen nichts mehr, als Schocks, mit denen sie nicht gerechnet haben. Das ist einer der Gründe, warum sich die Versicherungsbranche so massiv für den Klimawandel interessiert.

Gibt es eindeutige Kriterien, denen ich trauen kann, wenn ich eine ökosoziale Geldanlage suche?

Ja, mittlerweile stehen eine große Anzahl von Fonds und anderer Anlageformen zur Verfügung, die mit Hilfe von nachvollziehbaren Kriterien erklären, welche Werte die Anleger in ihr Portfolio aufnehmen. Man kann Anlagen mit oder ohne grüne Gentechnik, Tabak oder Rüstungsindustrie wählen. Und ökologisch bewusste Anleger können ruhig schlafen. Die grünen Fonds liegen bei der Rendite häufig weit vor den konventionellen Fonds. Gutes Gewissen müssen Sie nicht mehr mit geringerem Profit bezahlen – im Gegenteil. Es rentiert sich.

Foto: Wolfgang Borris

Kann ich daraus schließen, dass ökologisch und sozial arbeitende Firmen profitabler arbeiten als konventionelle Unternehmen?

Bei manchen Firmen und Branchen ist das der Fall. Aus zwei Gründen ist die Rendite etwa in der Wind- und Solarenergie augenblicklich beachtlich. Es herrscht eine große Nachfrage aufgrund neuer politischer Sensibilität für das Thema. Und viele Regierungen unterstützen die sauberen Energien. In Deutschland beruht die Förderung auf dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, das die Kosten der Markteinführung von Ökoenergie auf alle Stromverbraucher verteilt.

Dann liegt das Erfolgsgeheimnis der Firmen im guten Zugang zu öffentlichen Geldquellen?

So kann man das nicht sagen. Der japanische Fahrrad-Konzern Shimano, der in jedem Öko-Aktien-Index vertreten ist, bedient sich nicht aus den öffentlichen Haushalten. Und die sehr erfolgreiche Bio-Lebensmittelkette Whole Foods Market in den USA tut es auch nicht.

Der politische Rahmen ist wichtig für ökonomisches Handeln. Was sollte die Bundesregierung tun, um verantwortungsbewusst handelnden Unternehmen den Weg zu ebnet?

Zum Selbstverständnis von *Finanztest* gehört es, keine politischen Empfehlungen zu geben. Deshalb nur so viel: Dass sich Kontinuität auszahlt, sieht man am Erfolg der langjährigen Förderung für die erneuerbaren Energien in Deutschland. So etwas wäre auch für andere Branchen vorstellbar. Denken Sie nur an die Wasser- oder auch an die Abfallwirtschaft. ■

INTERVIEW: HANNES KOCH

VITA | PUBLIKATIONEN



HANNES KOCH ist Parlamentskorrespondent der *taz*. Er schreibt über Finanz-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. 2003 gründete er das European Institute for Globalisation Research, e4globe, das er seitdem leitet. **VERÖFFENTLICHUNGEN:**

Eine Auswahl seiner Arbeiten findet sich unter www.hanneskoch.de

HINWEIS: Einen Überblick über Grüne Geldanlagen, den Naturaktienindex (NAI,) und ethisch-ökologische Fonds veröffentlichte *Finanztest* im Februar 2007. Information: Tel. 030-2631-0

PROBLEMLÖSUNGEN DURCH WETTBEWERB

„Ein detaillierter Gesamtplan für die technologische Struktur einer Energiewendewirtschaft ist nicht realisierbar.“ VON FELIX C. MATTHES

DIE ENERGIEWENDE im Zeichen globalen Klimawandels ist eine Herausforderung von völlig neuer Dimension. Sie erfordert einen Weg weitab des *business as usual* der letzten Jahrzehnte, einen fundamentalen Wechsel der technologischen Basis unseres Systems: eine massive Erhöhung der Energieeffizienz und einen erheblichen Ausbau erneuerbarer Energien. Dabei wird die Nutzung kohlenstoffärmerer fossiler Energieträger wie Erdgas eine wichtige Rolle spielen. Auch die Technologie der Abtrennung und Ablagerung von CO₂ in geologischen Formationen könnte übergangsweise einen Beitrag leisten.

Eine Analyse der notwendigen Maßnahmen zeigt, dass die Zahl und Vielfalt der Technologien, die für die Energiewende eine Rolle spielen können und müssen, weitaus größer ist als bisher angenom-

men. An vielen Stellen werden allerdings Innovationen angeschoben, von denen nicht abzusehen ist, ob sie Erfolg haben. Die Anzahl enttäuschter Hoffnungen (zumindest auf der Zeitschiene) ist groß, man denke an die Brennstoffzellen und Speichertechnologien für emissionsarme Elektroautos. Doch es gibt auch eine Reihe positiver Überraschungen.

ANGESICHTS DER VIELFÄLTIGKEIT und der Kombinationsmöglichkeiten der Lösungsbausteine wird keine Regierung und keine noch so kluge Forscher-Community einen detaillierten Gesamtplan für die technologische Struktur einer Energiewendewirtschaft entwickeln können. Deshalb ist einleuchtend, dass nur Wettbewerb und ein gut ausgebildeter Markt für Problemlösungen den Mechanismus



Bottersnikes and Gumbles IV, 1998

für die notwendigen Entdeckungsverfahren und die Verbreitung neuer Technologien bilden können.

Wenn aber Märkte zur Problemlösung beitragen sollen, braucht es Voraussetzungen. Marktprozesse bekommen nur dann eine „richtige“ Richtung, wenn Preise als zentrale Informationsträger die Knappheit des Gutes Umwelt spiegeln. Die Internalisierung externer Kosten für die Marktprozesse bleibt damit – bei allen Umsetzungsproblemen von Emissionshandel, Steuern, Subventionen, Garantiepreisen im Detail – eine zentrale und alternativlose Aufgabe des Staates. Praktisch ist die Internalisierung externer Kosten jedoch nur möglich, wenn Gesellschaften und Staaten sich Ziele setzen, die den Maßstab für die notwendige, jedoch keineswegs hinreichende Basiskomponente des zukünftigen *policy mix* bilden. Auch vor diesem Hintergrund muss davor gewarnt werden, Verbrauchermacht als entscheidenden Treiber der Transformation zu idealisieren. Letztlich werden nur veränderte Preisstrukturen den entscheidenden Antrieb für veränderte Nachfragestrukturen bilden.

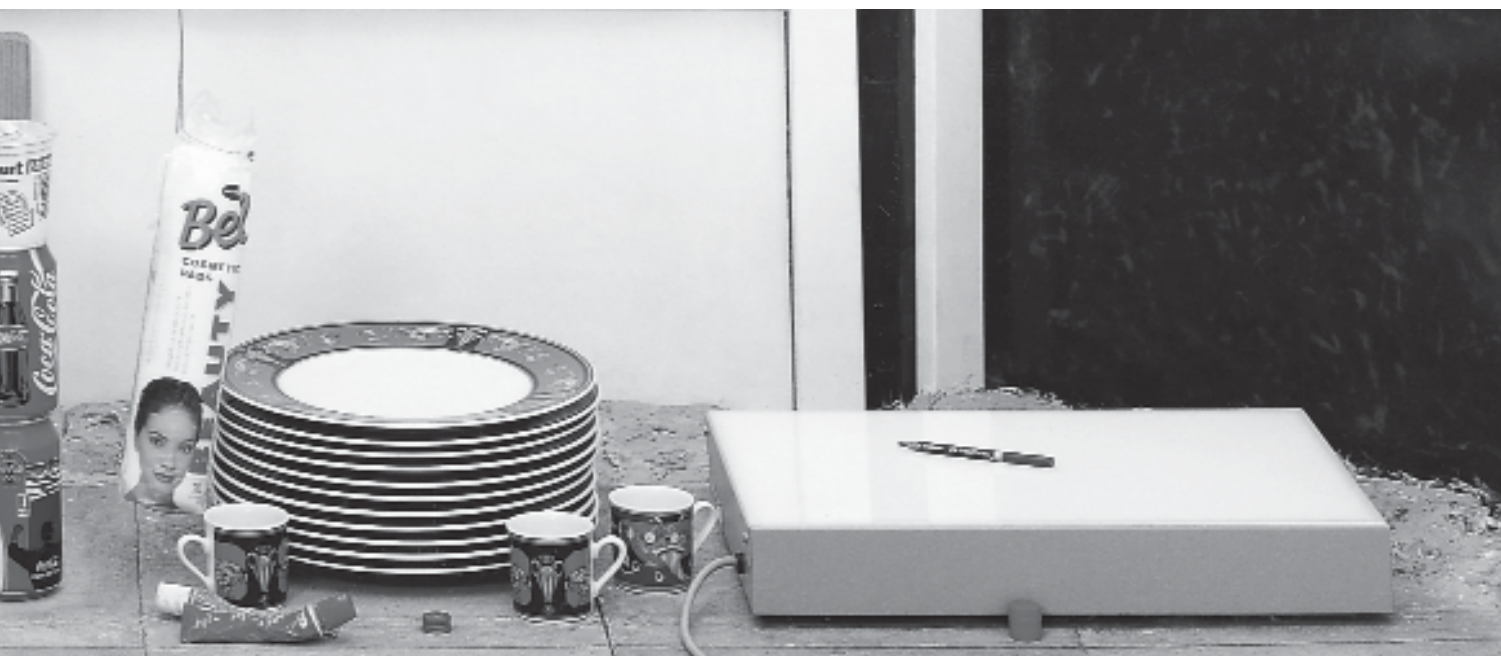
Gerade wenn Preissignale und Innovationen eine so herausragende Rolle spielen, sind funktionierende Märkte und vor allem eine ausreichende Akteursvielfalt die zentralen Voraussetzungen der Energiewende. In der durch oligopolistische Strukturen gekennzeichneten Energiewirtschaft hat die Einführung von Wettbewerb besondere Bedeutung.

Die überwiegend kurzfristig optimierenden Marktstrukturen brauchen neben den wettbewerblichen Rahmensetzungen auch komplementäre politische Interventionen. Gezielt angestoßene Innovationen vor allem im Bereich der Basistechnologien des Effizi-

enz-, Solar- und Niedrigemissionszeitalters bleiben eine Aufgabe des Staates. Auch der Aus- und Umbau der Infrastruktur für ein neues, auf die Integration von dezentralen und zentralen Strukturen gleichzeitig ausgerichtetes Energiesystem, bedarf staatlicher Initialzündungen, Rahmensetzungen und Regulierung, insbesondere da es sich bei den Netzen größtenteils um natürliche Monopole handelt. Auch sollte nicht unterschätzt werden, dass es für eine ganze Reihe von Technologien erhebliche Marktbarrieren gibt (z.B. hohe Transaktions- und Informationskosten für viele Effizienztechnologien), die problem-, technologie- und akteurspezifische Interventionen erforderlich machen. Staatliche Interventionen dieser Art sollten aber für die strategische Entwicklung und Evaluierung stets als *second best*-Lösungen gesehen werden, die der spezifischen Rechtfertigung bedürfen.

DIE FRAGE VON STAAT ODER MARKT im Kontext der Energiewende lässt sich vielleicht auf folgende Formel bringen: Die Entwicklung von Marktstrukturen mit hoher Wettbewerbsintensität und großer Akteursvielfalt bildet einen notwendigen Kern jeder Energiewendepolitik, wobei klare Ziele und Rahmenbedingungen und vor allem umfassende Bemühungen zur Internalisierung externer Kosten eine originär staatliche Aufgabe sind. Darüber hinaus bestehen unverzichtbare staatliche Aufgaben im Bereich gezielter Förderung von Basisinnovationen, dem Auf- und Umbau notwendiger Infrastrukturen sowie dem gezielten Abbau technologie- und akteurspezifischer Hemmnisse für den Einsatz emissionsarmer und energiesparender Technologien, Strukturen, Geschäfts- und Lebensmodelle. ■

Foto: privat



VITA | PUBLIKATIONEN



FELIX CHRISTIAN MATTHES ist Koordinator des Bereichs Energie und Klimaschutz im Öko-Institut. 2000–2002 war er sachverständiges Mitglied der Enquetekommission Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung des Deutschen Bundestags. **JÜNGSTE VERÖFFENTLICHUNGEN:** „The Vision Scenario for the European Union“, November 2006. „Power Generation Market Concentration in Europe 1996–2005. An Empirical Analysis“, Februar 2007.

MÄRKTE SIND GUTE DIENER, ABER SCHLECHTE HERREN

Bausteine ökologischer Marktwirtschaft. VON JÖRG HAAS

Unsere so erfolgreiche marktwirtschaftliche Ordnung schafft einen ungeheuren Güterfluss, den sie sehr ungleich verteilt. Und sie produziert Schäden, die ganze Landstriche zerstören. Grüne Politik ist auch wirtschaftspolitisch gefordert. Gebraucht wird ein nüchterner Blick: Was können Märkte leisten, was sind ihre Grenzen, was ihre Voraussetzungen?

DAS JANUSGESICHT DES WETTBEWERBS. Wettbewerb fördert Produktivität und stimuliert Innovation. Er kann Effizienzreserven auch für ökologische Fortschritte und Öko-Innovationen mobilisieren. Er bringt ständig neue, bessere Produkte und Dienstleistungen hervor, bietet die Befriedigung von Bedürfnissen, von denen wir noch gar nicht wussten, dass wir sie hatten. Doch der Wettbewerb hat auch ein zweites Gesicht.

Das klassische Problem freier Märkte ist die Externalisierung der Kosten. Der einzelne Marktteilnehmer hat Vorteile, wenn er soziale und ökologische Kosten auf die Um- und Nachwelt abwälzt, der Wettbewerb zwingt ihn dazu. Die unsichtbare Hand des Marktes steuert fehl und produziert sozial unerwünschte Ergebnisse. Das ist keine Ausnahme, sondern die Regel: „The Stern Review on the Economics of Climate Change“ spricht über den Klimawandel als größtes und weittragendstes Versagen des Marktes.

VON DER VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMER UND IHRE GRENZEN

Marktversagen ist nicht mit Strategien freiwilliger *Corporate Social Responsibility* beizukommen. Denn allenfalls Eigentümergesellschaften können es sich zuweilen leisten, um sozialer und ökologischer Verantwortung willen auf die Externalisierung relevanter sozialer und ökologischer Kosten zu verzichten. Das Management von Kapitalgesellschaften muss aus Verpflichtung ihren Kapitaleigen-

tümern gegenüber jede legale Möglichkeit zur Maximierung der Rendite nutzen. Wenn Kapitalgesellschaften sich sozial und ökologisch verantwortlich verhalten, ist das letztlich auch wieder ökonomischem Kalkül geschuldet. Die Reputationsrisiken für den Markenwert sind dann größer als die Gewinne, die durch Externalisierung von Kosten zu realisieren sind. Das ist wichtig, doch greift nur bei dem Teil der Unternehmen, die am Endkundenmarkt operieren.

MÄRKTE BRAUCHEN ÖKOLOGISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Eine Antwort auf das Problem der Externalisierung von Kosten ist der ökologische Ordnungsrahmen. Ob Ökosteuer oder Emissionshandel: Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Doch nicht immer greifen marktliche Mechanismen.

Verbindliche Effizienzstandards wie bei Fahrzeugen, finanzielle Anreize wie bei erneuerbaren Energien, oder schlichte Verbote wie im Falle von Glühbirnen – angesichts weitverbreiteten Marktversagens gehört auch dieses Instrumentarium zum ökologischen Ordnungsrahmen.

DER WETTBEWERBSSTAAT UND OFFENE MÄRKTE

Unter den Bedingungen offener Märkte ist eine anspruchsvolle Rahmensetzung schwer durchzusetzen. Ob zu unrecht oder zu recht, von sozial-ökologischer Regulierung betroffene Interessenverbände verweisen darauf, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit leiden würde. Die Maßnahmen würden die Produktion ins Ausland vertreiben.

Die mit dem Stichwort „Globalisierung“ verbundene Politik weltweiter Marktöffnung hat unsere Staaten in Wirtschaftsstandorte verwandelt, die um Arbeitsplätze konkurrieren. Doch nur wenn die Reichweite demokratischer Rahmensetzung sich mit der Reichweite der Märkte deckt, können Märkte ihre gewünschte Wirkung

entfalten. Eine Antwort darauf ist *Global Governance*, die globale Ausdehnung sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen. Doch sie ist ein Projekt für die nächsten Jahrzehnte. Auch stellen sich große Fragen nach den Funktionsbedingungen transnationaler Demokratien. Angesichts der ökologischen Krise muss die Öffnung von Märkten im Konfliktfall zurückstehen hinter der Notwendigkeit der Internalisierung von Kosten. Ausgleichszölle (*border tax adjustments*) sind dafür ein notwendiges Instrument.

DEMOKRATIE ALS VORAUSSETZUNG

Marktwirtschaft braucht ökologische Rahmenbedingungen, um ihr wohlfahrtsstiftendes Potenzial zu entfalten. Doch übersetzt sich auch in Demokratien die wirtschaftliche Macht nur zu oft in politische Macht. Unter den zehn größten Konzernen der Welt finden sich fünf Ölkonzerne und vier Autokonzerne, die alle durch massive Externalisierung von CO₂-Kosten gewachsen sind. So kann ein Teufelskreis entstehen. Die Externalisierung von Kosten schafft Extra-Gewinne, die wiederum politische Macht verleihen, welche die Internalisierung von Kosten verhindert.

Ökologische Marktwirtschaft braucht daher die Begrenzung der Einflussnahme wirtschaftlicher Akteure auf die Politik. Dies impliziert nicht nur mehr Transparenz hinsichtlich des Lobbyismus, sondern auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Machtkonzentration in viel schärferer Weise, als sie zur reinen Sicherung des Wettbewerbs notwendig wäre.

GEMEINSCHAFTSGÜTER ALS PRODUKTIVKRAFT

In jüngerer Zeit wächst das Bewusstsein für die *Commons*, die Gemeinschaftsgüter, die bisher als „schwarze Materie“ unseres Wirtschaftssystems (Peter Barnes) meist unsichtbar blieben. Ob sauberes Wasser oder stabiles Klima, gesunde Meere oder biologische Vielfalt: Die natürlichen Gemeinschaftsgüter bilden die Basis für unser aller Wirtschaften, sind unersetzliches „Naturkapital“. Das Millenium Ecosystem Assessment der UN hat den Blick auf die „Dienstleistungen“ der Natur gelenkt.

Commons erleiden oft ein zweifaches Schicksal. Sie werden übernutzt und damit als Ressource zerstört. Sie werden privat angeeignet und damit ihres Charakters als Gemeinschaftsgut beraubt. Schutz vor Zerstörung, Zugang für alle Bürger, Teilhabe an ihrem ökonomischen Nutzen und demokratische Entscheidungsfindung über die *Commons* sind ein zentrales Element einer ökologischen Marktwirtschaft.

Das ökonomisch bedeutsamste Gemeinschaftsgut ist unsere Atmosphäre und ihre begrenzte Aufnahmefähigkeit für CO₂. Gemäß des o.g. Prinzips müssen die Knappheitsrenten dieses Guts allen Bürgern zugute kommen. Die Emissionsrechte des europäischen Emissionshandels müssen daher versteigert und die erzielten Einkünfte entweder an die Bürger ausgeschüttet oder gemeinwohlorientiert verwendet werden.

Foto: privat

WACHSTUM INNERHALB VON GRENZEN

Die Debatte über die Grenzen des Wachstums hat eine lange Geschichte. Was ist davon geblieben? Bis heute ist es nicht gelungen, die Abhängigkeit des Arbeitsmarkts, der Staatsfinanzen und sozialen Sicherungssysteme vom Wachstum des Bruttosozialprodukts zu lockern. Zweifellos ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar für den raschen Strukturwandel, der für eine sozial verträgliche Bewältigung der ökologischen Krise notwendig ist. Doch Wirtschaftswachstum ist heute nur noch innerhalb von ökologischen Grenzen gerechtfertigt, und das in dem Maße, wie es die fossile Wirtschaft umbaut und mit Schrumpfung der Umweltbelastung einhergeht.

FÜR EINE NEUE NÜCHTERNHEIT

All das macht deutlich: Nach linker Marktfeindschaft und neoliberaler Markttrunkenheit ist es nun Zeit für einen neuen Realismus in der Wirtschaftspolitik, der die Chancen marktförmiger Prozesse nutzt und ihre Voraussetzungen und Grenzen kennt. Die Durchsetzung der ökologischen Marktwirtschaft wird keine Konsensveranstaltung werden. Mächtige Interessensgruppen werden sich ihr auch weiter entgegenstellen. Doch besteht Hoffnung. Gerade angesichts der Klimakrise erkennen wichtige Teile der Wirtschaft, dass an der ökologischen Transformation unseres Wirtschaftssystems kein Weg vorbeiführt. Dies eröffnet Chancen für neue Allianzen. Sie müssen illusionslos und entschlossen ergriffen werden. ■

Das Millenium Ecosystem Assessment, ein fünfjähriges Forschungsvorhaben unter Beteiligung von 1360 Wissenschaftlern aus aller Welt, beziffert den Wert der Dienstleistungen unseres Ökosystems auf jährlich 30 Billionen Dollar – mehr als das kombinierte Bruttosozialprodukt aller Länder.

www.natur.org/pressroom/press/press1933.html

VITA | PUBLIKATIONEN



JÖRG HAAS ist Referent für Ökologie und Nachhaltige Entwicklung in der Heinrich-Böll-Stiftung. **JÜNGSTE VERÖFFENTLICHUNG:** „Verschenken? Verkaufen? Versteigern? Warum der Handel mit Emissionszertifikaten die Erwartungen der Klimapolitiker nicht erfüllt.“ In: Böll.Thema 3,2006.

REVOLUTION DER EFFIZIENZ

Über die Potenziale ökologischer Innovationen. VON ORTWIN RENN

Eine gesellschaftliche Entwicklung hin zur ökologischen Verträglichkeit muss an vier Enden ansetzen: an der Erhöhung der Umwelteffizienz, der Schließung von Stoffkreisläufen und der Förderung von ressourcen- und umweltschonenden Innovationen. Aber die rein technischen Lösungen werden nicht ausreichen, es muss eine Anpassung der Lebensstile an die Ideale von Gerechtigkeit und an eine nachhaltige Wirtschaftsweise hinzukommen. Auf diese vier wichtigen Strategien soll im Folgenden kurz eingegangen werden.

Erhöhung der Umwelteffizienz

Effizienz bedeutet, mit einem gegebenen Mitteleinsatz möglichst viel an Dienstleistung zu erzeugen oder aber eine gewünschte Dienstleistung mit dem geringsten Mitteleinsatz zu befriedigen. Diesen Grundgedanken aus der Ökonomie kann man auch auf die Nutzung von Naturgütern übertragen. Eine gewünschte Dienstleistung soll mit dem geringst möglichen Verbrauch an natürlichen Rohstoffen und der Nutzung der Natur als Senke für Abfälle und Emissionen erstellt werden. Wissenschaftler wie Ernst-Ulrich von Weizsäcker und die Experten vom BUND sind davon überzeugt, dass wir die heutigen Produkte und Dienstleistungen mit 25 Prozent oder sogar nur mit zehn Prozent des heutigen Natur-, „verbrauchs“ erwirtschaften könnten. Eine solche Reduktion um den Faktor 4–10 würde in der Tat die Biosphäre wesentlich entlasten.

Die Erhöhung der Umwelteffizienz ist eng mit neuen technischen Entwicklungen verbunden. Intelligente Steuerungssysteme können den Energieverbrauch in Haushalt und Betrieben deutlich vermindern, ohne den Komfort zu schmälern. Bei umweltschonenden Technologien kann man zwischen nachgeschalteten (additiven) und vorsorgenden (integrierten) Techniken unterscheiden.

Bei der nachgeschalteten Technik handelt es sich um einen

Schutz der Umwelt, der durch Reparatur und Korrektur der negativen Auswirkungen entsteht. Diese sogenannten *End-of-pipe*-Technologien verändern den Produktionsprozess nicht wesentlich, auftretende Emissionen werden durch nachgeschaltete Anlagen ausgefiltert oder zurückgehalten. Die bekannte Katalysatortechnik zur Filterung der Auspuffgase kann hier als Beispiel dienen.

Vorsorgende Technologien hingegen gehen über die Ent- und Nachsorgung hinaus. Auch hier ein Beispiel aus der Welt der Automobile. Effizienzverbesserungen sind vor allem durch die Erhöhung der Ressourcenproduktivität pro Wegstrecke (etwa 3-Liter-Auto) möglich. Angesichts des rasanten Klimawandels ist diese Verbrauchssenkung unbedingt erforderlich. In der Regel ist die Verbesserung der Öko-Effizienz mit Kosteneinsparungen verbunden. Aus diesem Grund ist auch nicht mit einer Verschlechterung der globalen Wettbewerbssituation zu rechnen.

Schließung von Stoffkreisläufen

Hinter der Kreislaufidee steckt der Gedanke, die durch Umwandlungen und Produktionsverfahren entstandenen Stoffe in möglichst naturnahe Stoffe zurückzuführen bzw. den Anfall schädlicher Stoffe zu minimieren, etwa durch das Recycling von Materialien. In den Wiederverwertungsprozess können bestimmte Produkte nach dem Endverbrauch einbezogen werden, es finden aber auch Wiederverwendung und wiederholter Einsatz innerhalb geschlossener Produktionsprozesse statt. Ein Beispiel für eine praktikable und erfolgreiche Schließung von Kreisläufen sind Einsparungen beim industriellen Wasserverbrauch durch den Mehrfacheinsatz von Kühl- oder Abwässern. Auch in diesem Falle sind technische Innovationen Grundlage für den weiteren Erfolg.

Integrierte Produktionsketten verlangen vor allem Neuerungen im Prozessablauf. Dabei kommt der Nanotechnologie und den in-

Foto: Uni Stuttgart

VITA | PUBLIKATIONEN



ORTWIN RENN ist Professor am Institut für Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart, Abteilung Technik und Umweltsoziologie. Er ist Mitglied des Nachhaltigkeitsbeirats von Baden-Württemberg.

JÜNGSTE VERÖFFENTLICHUNG zus. mit Anja Knaus: „Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft.“ Metropolis, Marburg 1998.

telligenten Prozesssteuerungsanlagen eine wichtige Funktion zu. Die Schließung von Kreisläufen ist häufig mit Kosten verbunden, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen können. Um dies zu verhindern, ist es Aufgabe der Politik, international bindende Minimalstandards zu vereinbaren.

Ressourcen- und umweltschonende Innovationen

Weit über die unternehmerische Verantwortung für die Produktionsprozesse zielt das Konzept nachhaltiger Innovationsförderung. Neue Technologien sind gefragt, die von vornherein produktions- und anwendungsbedingte Nebenwirkungen für Umwelt und Natur auf ein Minimum beschränken. Die Schonung von Ressourcen und Umwelt lässt sich vor allem durch die Wahl der Materialien, Produktionsverfahren und durch Abfallvermeidung erreichen. Beispiele dafür sind neue regenerative Energieträger für Haushalt und Industrie oder Antriebsstoffe wie Wasserstoff oder Biodiesel. Darüber hinaus werden Langlebigkeit, lange Nutzungsdauer und der vielseitige Einsatz von Produkten und Produktkomponenten angestrebt. Haltbarkeit, Reparaturfreudigkeit und Nachrüstbarkeit sind wichtige Kriterien einer umweltbezogenen Produktpalette. Die Erfahrung lehrt, dass mit einer aktiven Innovationspolitik die internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Regel gestärkt wird. Neue umweltangepasste Verfahren sind meist insgesamt effizienter und vermeiden Kosten für Abfallentsorgung und Ressourcennutzung.

Umweltbewusster Lebensstil

Unter dem Stichwort „Suffizienzstrategie“ wird heute ein Ansatz diskutiert, der auf die Verringerung des materiellen Konsums abzielt. Viele Forderungen, die mit dem Übergang zu einem nachhaltigen Lebensstil verbunden sind, lassen sich letztlich nur über die Sub-

Foto: privat

GRÜN IST DIE DIENSTLEISTUNG VON SILKE KREBS

Im Dienstleistungsbereich liegt in Deutschland ein großes unerschlossenes Potenzial an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Die Notwendigkeit eines Strukturwandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft wird zwar generell bejaht, jedoch fehlt es an der praktischen Umsetzung. Wir verharren in alten Strukturen, setzen falsche Prioritäten in der Wirtschaftspolitik und bei Investitionen. Die Parallelen zur zaudernden Ökologisierung unserer Wirtschaft liegen auf der Hand.

Zwischen ökologischem Wirtschaften und Dienstleistungsorientierung besteht eine enge Verknüpfung: Dienstleistungen schaffen Arbeitsplätze und verbrauchen weniger Ressourcen als die Produktion von Waren. Und die ökologische Modernisierung schafft den Bedarf für die spezifisch grünen Dienstleistungen. Ein Beispiel dafür wäre die Förderung von ressourcensparendem Produzieren durch Serviceangebote ähnlich denen der Energieagenturen: Ein klug kombiniertes Paket aus Erstberatung und Bedarfsanalyse, Einführungsbegleitung und Finanzierungsberatung könnte gerade kleinen und mittleren Unternehmen helfen, ökologisches Neuland und Kostenersparnisse zu erschließen.

Von Energie-Contracting könnten auch die Konsumenten profitieren. Eine Beraterfirma ermittelt etwa das Energieeinsparpotenzial beim Haushaltsequipment, stellt die sparsamsten und sinnvollsten Neuanschaffungen zusammen und bietet Finanzierungspakete, die zukünftige Verbrauchskostenersparnisse in Hilfe bei den nötigen Anfangsinvestitionen umwandeln. Förderprogramme hierfür sind sinnvoller als Glühlampenverbote à la Australien!

Das Ziel ist, den Konsum so weit es geht, vom Rohstoffverbrauch zu entkoppeln. Nicht das jeweils neueste Modell garantiert Bedienungskomfort und Zeitersparnis im häuslichen Maschinenpark. In der Regel sind wir schon froh, wenn es uns gelingt, die bewährten und bekannten Funktionen einer Waschmaschine abzurufen.

Viele Zusatzfunktionen bleiben ein Buch mit sieben Siegeln. Wirklichen Komfort verspricht da ein Rundum-sorglos-Paket aus kombinierbaren, umbau- und reparaturfähigen Geräten, Bedienungsservice und Vor-Ort-Wartung. So können wir den Ausstieg aus unserer rohstoffverschleißenden Konsumwelt ohne Verzicht auf Lebensqualität schaffen.

Die Koppelung von technischen Innovationen mit intelligenten Dienstleistungen ermöglicht neue nachhaltige und umweltschonende Produktsysteme. Was gut ist für den umweltfreundlichen Umbau der Industriegesellschaften kann auch zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts beitragen. Nutzen wir die Chancen! ■

VITA

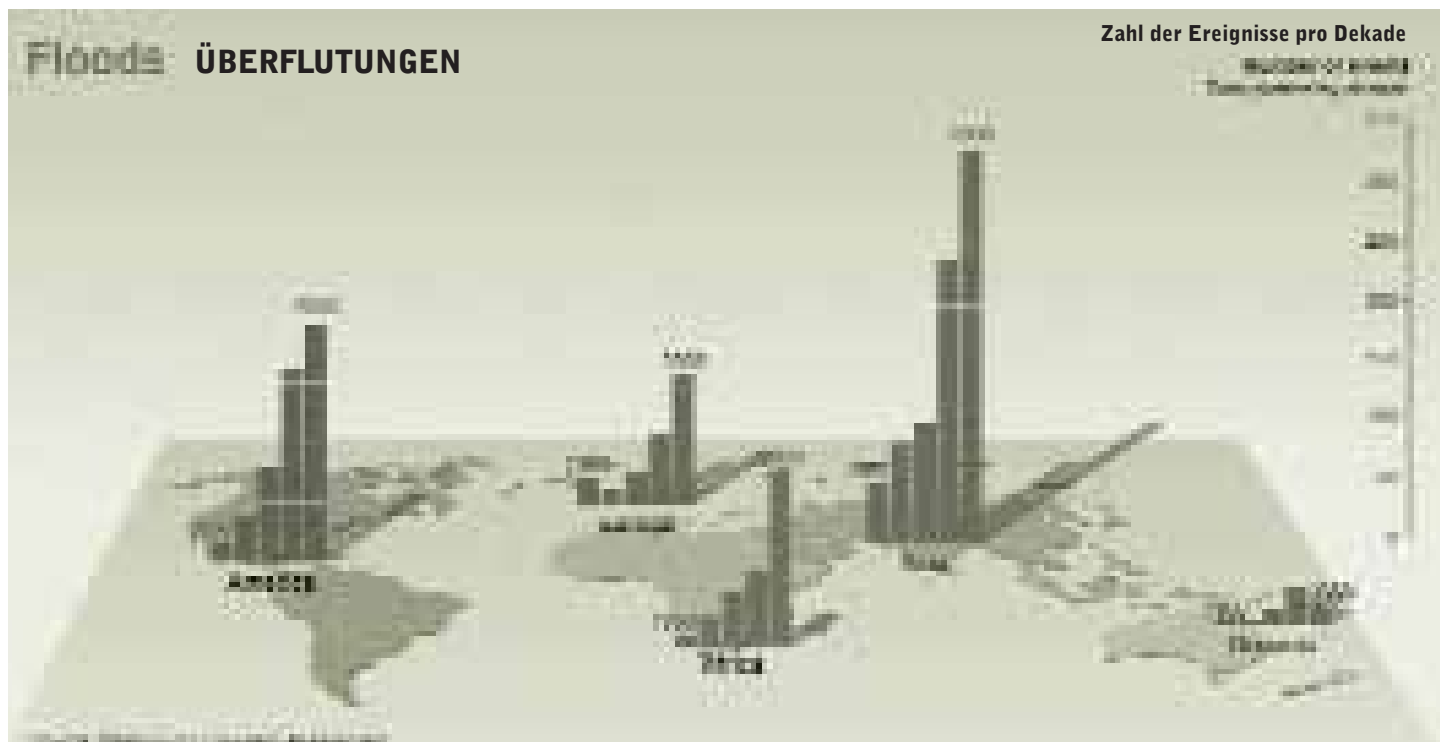


SILKE KREBS ist Mitglied im Landesvorstand der Grünen Baden-Württemberg und im Kreisvorstand der Grünen in Freiburg. Ihren momentanen Arbeitsschwerpunkt Grüne Dienstleistungsorientierung vertritt sie auch in der grünen Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Soziales.

stitution von Material und Energie durch Information verwirklichen, sofern es nicht zu reinen Verzichtslösungen kommen soll. Dabei ist auch die Suffizienz an technische Entwicklungen gekoppelt. Der im Sinn der Suffizienz „neue“ Konsument erwartet zum Beispiel von der Wirtschaft technische Geräte, die nicht nur langlebig, reparierbar und wiederverwendbar sind. Gefragt sind darüber hinaus technikbegleitende Dienstleistungen, die den Verbraucher befähigen, ohne großen Materialaufwand seine Bedürfnisse zu befriedigen. Die Industrie ist gut beraten, auf Veränderungen von Lebensstilen mit einem neuen erweiterten Dienstleistungsangebot zu reagieren und, um nur ein Beispiel zu nennen, den zur Zeit noch eher kleinen Markt der umweltbewussten aber mobilitätsfreudigen Kunden gezielt zu bedienen. Dafür bieten sich im Bereich der Mobilität neue Formen an wie etwa Fahrgemeinschaften, Car-Sharing, Mobilitäts Gutscheine, Verbindungen von privaten und öffentlichen Mobilitätsangeboten oder die Eröffnung von virtuellen Räumen. Darüber hinaus wird aber kein Weg daran vorbeiführen, den eigenen

Lebensstil auf den Prüfstand zu stellen. Die Statistik lehrt uns nämlich, dass bis heute alle Effizienzgewinne, die zum Teil schon jetzt erheblich sind, durch unseren zunehmenden Konsumhunger mehr als wettgemacht worden sind. Der Verbrauch an Naturgütern pro Kopf der Bevölkerung steigt, obwohl jedes einzelne Produkt umweltfreundlicher geworden ist.

Die Postulate einer ökologisch ausgerichteten Innovationskultur geben also eine Entwicklung der Technik vor, die auf der einen Seite den Trend der erweiterten Transformation von Natur- in produktive Kulturlandschaft fortsetzen wird, um für eine Menschheit von über 6,5 Milliarden humane Lebensverhältnisse zu sichern. Zum anderen muss sie aber die Knappheit der Naturgüter durch verbesserte Effizienz, Schließung von Stoffkreisläufen, umweltgerechte Innovationen und „entmaterialisierten“ Konsum in weitaus größerem Maße als bisher in den Wirtschafts- und Innovationsprozess einbauen. Die bisherigen Anreize aus Politik und Zivilgesellschaft reichen dafür noch nicht aus. ■



„Die Anzahl und Intensität von extremen Klimaereignissen wird auch in Deutschland zunehmen“, so Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Das liegt im Trend, der sich schon seit 1950 fortschreibt, wie die Grafik zeigt.

ÖKOSTEUERN

DAS EFFIZIENTESTE INSTRUMENT. VON ANSELM GÖRRES

TAX BADS, NOT GOODS. Kürzer und einleuchtender kann man gute Ideen nicht formulieren. Doch trotz großer Erfolge in Deutschland wie Europa scheint der Vormarsch der Ökosteuer derzeit blockiert. Was hindert uns daran, diesen Erfolgsweg fortzusetzen?

Zunächst zu den viel zu wenig anerkannten Erfolgen. Eine EU-weite Übersicht unterschiedlicher Ökosteuern nach Ländern¹ zeigt die Vielzahl der Modelle und Kombinationen. Die Tabelle beweist:



Die Europäer sind kreativ, es führen mehrere Straßen nach Rom und kein Land muss sklavisch die Nachbarn kopieren. Heute machen Umweltsteuern europaweit schon drei Prozent vom BIP aus. In Kanada sind es 1,4 Prozent, in den USA 0,9 Prozent. Und eine brandneue Analyse zeigt, dass die Einführung der Ökosteuer Europa keine Wachstumsprobleme kostete – man rechnet sogar mit etwa ein Prozent höherem BIP dank Ökosteuer.² Zugleich zeigen alle empirischen Auswertungen, dass Länder, die höhere Ökosteuern verlangen, erfolgreicher beim Energiesparen sind. Ökosteuern haben Umweltverbesserungen gebracht – ohne Wohlstandseinbußen!

Wenn Ökosteuern schlechte Steuern ersetzen, etwa überhöhte Belastungen des Faktors Arbeit, dann können sie gleichzeitig den Arbeitsmarkt entlasten, das Wachstum fördern und der Umwelt helfen. Warum aber ist dieses insgesamt so erfolgreiche Programm in vielen Ländern ins Stocken geraten, insbesondere in Deutschland?

ANTWORT EINS: die Preisexplosion der fossilen Energien an den Weltmärkten, insbesondere von 2004–2006. Die deutsche Wirtschaft wurde mit insgesamt 40–50 Milliarden Euro belastet. Um etwa den gleichen Betrag hat die rot-grüne Umweltpolitik in der Kombination aller Maßnahmen erneuerbare Energien entlastet und „alte“ Energien höher belastet. Aus der Gesamtsignalwirkung von 80–100 Milliarden resultieren zwar eindrucksvolle Umwelt-erfolge, aber auch wachsende Aversionen der Bürger gegenüber hohen Energiepreisen.³

DIE ZWEITE ANTWORT ist eher polit-psychologisch als ökonomisch. Schon der „Schock von Madgeburg“ – also die Abstrafung der Grünen durch die Wähler nach dem berühmten Beschluss, den Benzinpreis auf fünf DM zu erhöhen – hat vielen Ökosteuerprotagonisten den Schneid abgekauft. Nach dem Wahlsieg von Schwarz-Rot, so knapp er war, scheint ein lähmendes Pari erreicht: Die Ökosteuer wird weder ab- noch ausgebaut. Grüne wie rote Umweltpolitiker befallen beim Wort Steuer Sprachhemmungen. Leider nehmen sie sich dabei selbst die Chance, mit den gemeinsamen Erfolgen zu werben.

DIE DRITTE ANTWORT liegt in dem Ausbau des Emissionshandels. Begeistert von Eleganz und Effizienz marktwirtschaftlicher Instrumente haben viele Ökosteuerbefürworter den Charme „altmodischer“ Regulierungsinstrumente vergessen. Beispiele für deren schrittweise Wiederentdeckung sind die von Schwarz-Rot durchgesetzte Beimischungspflicht beim Benzin oder die EU-weite Vorgabe von Emissionsobergrenzen für Fahrzeugflotten. Ein Tempolimit wäre ein weiteres Beispiel für intelligente Ordnungspolitik. Auch Anhänger marktwirtschaftlicher Instrumente sollten anderen Instrumenten gegenüber die Scheuklappen ablegen.

Für den Ausbau des im Vergleich zur Ökosteuer jüngeren Instruments Emissionshandel sprechen gute Gründe. Etwa der, dass dieses Instrument anders als die Ökosteuer durch keine EU-Einstimmigkeitsklausel blockiert wird. Auch seine internationale Dimension begünstigen den Emissionshandel. Wenn die Emissionsrechte dann noch schrittweise versteigert statt verschenkt werden, können auch Ökosteuerfreunde mit diesem Instrument bestens leben.

FAZIT: Auch die Ökosteuer kann mit einer Renaissance rechnen, doch nicht sofort. Spätestens aber dann, wenn andere Instrumente an ihre Grenzen stoßen und die Kyoto-Ziele weiter verfehlt werden. Auf Dauer wird keine Gesellschaft auf das effizienteste aller Umweltinstrumente verzichten können. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



ANSELM GÖRRES ist Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform e.V. und Geschäftsführender Gesellschafter der ZMM Zeitmanager München GmbH, die mittelständische Firmen berät und durch Management auf Zeit unterstützt. 1984–91 war er Unternehmensberater bei McKinsey. **VERÖFFENTLICHUNG:** „Der Weg zur Ökologischen Steuerreform“, FÖS-Memorandum 1994.

Hinweise

1. www.foes.de/de/downloads/Memorandum/GermanGreenBudgetReform.
2. Siehe zu den Auswirkungen in Deutschland auch die DIW-Studie: www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-059.htm
3. Unsere aktuellsten Analysen unter www.foes.de/de/downloads/Memorandum/GermanGreenBudgetReform



Regrets, 1994

EMISSIONSHANDEL

Das vielleicht international wichtigste Instrument der Klimapolitik. VON ERIC HEYMANN

Der europäische Emissionshandel hat das Potenzial, zum international wichtigsten Instrument bei der Bekämpfung des Klimawandels zu reifen. Einige Anpassungen könnten die Attraktivität und Funktionsfähigkeit des Systems noch verbessern. Dazu zählt vor allem eine Versteigerung der Zertifikate.

Eine Versteigerung der Zertifikate – anstelle einer kostenlosen Zuteilung – hätte erhebliche Vorteile. Der Marktmechanismus würde schon im Vergabeprozess seine positive Wirkung entfalten. Weitere Vorteile lägen in der Vereinfachung des Systems. Die anlagenbezogenen Mengenpläne und deren Koordination entfielen. Es müsste lediglich auf nationaler Ebene die Emissionsobergrenze für Treibhausgase festgelegt werden.

Durch den Verzicht auf eine kostenlose Zuteilung würde zudem der Einfluss von Lobbygruppen reduziert. Ferner wäre ein schnellerer Umstieg auf kohlenstoffärmere Energieträger zu erwarten, da Kohlendioxid (CO₂) bei einer Versteigerung der notwendigen Emissionszertifikate ein echter Kostenfaktor für die Unternehmen ist. Aufgrund der langen Laufzeit von Kraftwerken sollten die Versteigerungsanteile allerdings nur schrittweise erhöht werden, damit die Kraftwerksbetreiber auch die Möglichkeit hätten, ihren Energiemix umzustellen.

Die EU könnte die Planungssicherheit erhöhen, wenn sie frühzeitig für die dritte Handelsperiode nach 2012 einen Pflichtversteigerungsanteil ankündigt. Da Gas bei einer Versteigerung gegenüber Kohle aufgrund des geringeren Bedarfs an Zertifikaten besser abschneidet, könnte sich die Energiewirtschaft bei ihren Planungen zum Kraftwerksbau an diesen Ankündigungen orientieren.

VIELFÄLTIGE VERWENDUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR VERSTEIGERUNGSERLÖSE

Ein ganz entscheidender Vorteil der Versteigerung wäre die Einnahmenerzielung. Damit stellt sich sofort die Frage nach potenziellen Mittelverwendungen. Aus ökologischer Sicht ist es natürlich nicht zweckmäßig, die Einnahmen aus der Versteigerung den Konsumenten in Form subventionierter Energiepreise zurückzugeben. Dagegen bietet sich eine Reihe von sinnvollen Verwendungszwecken an:

- Förderung konkreter Umweltprojekte oder die Forschung und Entwicklung im Bereich Umweltechnologie. Denkbar wäre etwa die Mittelverwendung für die Forschung zur Abscheidung von CO₂ bei Kohlekraftwerken oder zur Unterstützung von Energiesparmaßnahmen bei den privaten Haushalten (z.B. Wärmedämmung).
- Förderung von Maßnahmen, die der Verringerung der negativen Folgen des Klimawandels dienen, etwa Deichbaumaßnahmen oder die Verbesserung der Bewässerungslandwirtschaft in bestimmten Ländern.
- Schuldentilgung der öffentlichen Haushalte. Dies käme den Verbrauchern aufgrund künftig niedrigerer Steuerbelastungen zugute, gleichzeitig würden die Energiepreise hoch bleiben, sodass kein Anreiz zum verschwenderischen Umgang mit Energie existierte.
- Förderung von Infrastrukturmaßnahmen, die den (grenzüberschreitenden) Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt stärken (z.B. Investitionen in Grenzkuppelstellen).

VITA | PUBLIKATIONEN



ERIC HEYMANN ist seit 1998 als *Senior Economist* bei Deutsche Bank Research im Bereich Branchenanalyse tätig. Der Diplom-Ökonom ist zuständig für die Bereiche Umweltwirtschaft und -politik, Verkehrswirtschaft und -politik, Automobilindustrie und Konsumgüter.

JÜNGSTE PUBLIKATION: „EU-Emissionshandel: Verteilungskämpfe werden härter“. Deutsche Bank Research, Aktuelles Thema Nr. 377. Frankfurt am Main 2007.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN SOZIALSTAAT DER ZUKUNFT

Das bundesdeutsche Sozialmodell steht auf dem Prüfstand. Wie können soziale Ausgrenzung verhindert und gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit gesichert werden? Welche Strategien führen zu mehr Beschäftigung? Und wie lässt sich der Umbau des Sozialstaats finanzieren? In der Bildungs-, Familien-, Sozial- und Beschäftigungspolitik sind in Verbindung mit wirtschaftspolitischen Strategien neue Konzepte gefragt. Mit diesen zentralen Herausforderungen befasst sich das Referat Wirtschaft, Arbeit und Soziales der Heinrich-Böll-Stiftung und organisiert Kongresse, Tagungen und Abendveranstaltungen.

Beschäftigungspolitische Fachgespräche

Makroökonomie und Beschäftigungspolitik, Senkung der Sozialabgaben für Niedrigeinkommensbezieher, Export, Globalisierung und Beschäftigung sind einige Themen der 2006 gestarteten Reihe „**Beschäftigungspolitische Fachgespräche**“. ExpertInnen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik aus der grünen Partei, den Fraktionen, aus Verbänden und Institutionen setzen sich dort mit grundlegenden und spezifischen Fragestellungen auseinander. Beraten werden sie von WissenschaftlerInnen aus Universitäten und Forschungsinstituten.

Reihe: Zukunft des Sozialen

Bei der Veranstaltungsreihe „**Zukunft des Sozialen**“ stellen Fachleute aus Theorie und Praxis Reformansätze und alternative Entwürfe zum sozialen Zusammenleben vor. Bisherige Themen waren: „Gerechte Ungleichheit? Gleichheitsdebatte und Neue Armut“, „Gesundheitsgesellschaft“ und „Teilhabegesellschaft“. So diskutierten am 14. Februar, passend zur aktuellen familienpolitischen Debatte, die Familien- und Bildungsökonomin Prof. C. Katharina Spieß und die Familienforscherin und Unternehmerin Gisela Erler über „Beziehungen im Sozialstaat“. Am 20. Juni wird Prof. Robert Castel, ehemaliger Forschungsdirektor an der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, seine Position zur „Neuen Klassengesellschaft“ vorstellen. Zur Frage „The Moral Consequences of Economic Growth“ (10. Juli, in Kooperation mit der Anglo German Foundation) ist Benjamin Friedman von der Harvard University eingeladen.

Internetdossier Grundeinkommen

Die kontrovers geführte Debatte zum bedingungslosen **Grundeinkommen** versus einer **bedarfsorientierten Grundsicherung** begleitet ein Internet-Dossier. Das Dossier enthält neben Texten zu Wirkungsweise und Grenzen verschiedener Modelle eine umfassende Materialsammlung mit Studien, Literaturhinweisen und Links. (www.boell.de/grundeinkommen)

Grüne Marktwirtschaft

Im zweiten Halbjahr 2007 sind unter der Überschrift „**Grüne Marktwirtschaft**“ verschiedene Aktivitäten geplant: So findet am 27.–29. September in Freiburg und Bleibach eine Tagung zum Thema „Grüne Ordnungspolitik in Europa“ statt. Zu der von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Landesstiftung Baden-Württemberg und der Stiftung für Ordnungspolitik organisierten Veranstaltung treffen sich wirtschafts-, ökologie- und europapolitisch interessierte Akteure und WissenschaftlerInnen. Eine weitere Tagung wird sich mit den ökonomischen Antriebskräften zur Lösung ökologischer Probleme befassen. Dort sollen die politischen Rahmenbedingungen einer grünen Marktwirtschaft ausgelotet werden, die eine größtmögliche Ökoeffizienz, biologische Produktkreisläufe, grüne Aktienfonds und umweltfreundliche Produktion und Technologien befördern.

Weitere Infos: www.boell.de/arbeit

VERANSTALTUNGEN

24. April, Konferenz, Berlin
Ecofair Trade Dialogue
Slow Trade – Sound Farming?
Agrarhandelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft
www.ecofair-trade.org

4.–6. Mai, Kongress, TU Berlin
McPlanet.com 2007:
Klima der Gerechtigkeit
 Mit Stefan Rahmstorf (PIK), Klaus Töpfer, Meena Raman (Friends of the Earth International), Fritz Kuhn (MdB), Sven Giegold (attac), Arne Mogren (Vattenfall) u.a.
www.mcplanet.com

11.–12. Mai, Konferenz, Berlin
Welchen Preis hat ein stabiles Klima? Zur Zukunft des Emissionshandels
 Mit Rebecca Harms (MdB), Prof. Carlo Jaeger (PIK), Josef Göppel (CSU), Michael Kauch (FDP), Eric Heymann (Deutsche Bank Research), Reinhard Loske (MdB), Norbert Walter (Deutsche Bank) u.a.
www.boell.de/emissionshandel

20. Juni, 19 Uhr, Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung
Die Zukunft des Sozialen # 5
Neue Klassengesellschaft?
 Mit Prof. Robert Castel, ehem. Forschungsdirektor an der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales

10. Juli, Berlin
Die Zukunft des Sozialen # 6
The Moral Consequences of Economic Growth
 Mit Benjamin Friedman, Harvard University
 In Kooperation mit der Anglo German Foundation

27.–29. September, Tagung, Freiburg und Bleibach
Grüne Ordnungspolitik in Europa
 In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg und der Stiftung für Ordnungspolitik

BISHER SIND ERSCHEINEN:



ALLES EINS?
 Globale Zukunft für Kultur und Demokratie



GEZEITENWECHSEL?
 Was war, was bleibt, was wird



IN GOTTES NAMEN?
 Frauen und Fundamentalismus



NEUER REPUBLIKANISMUS?
 Die Zukunft der sozialen Demokratie



KLIMAWANDEL
 Neue Ziele. Neue Allianzen. Neue Politik

» Es wird aber kein Weg daran vorbeiführen, den eigenen Lebensstil auf den Prüfstand zu stellen. Die Statistik lehrt uns nämlich, dass bis heute alle Effizienzgewinne, die zum Teil schon jetzt erheblich sind, durch unseren zunehmenden Konsumhunger mehr als wettgemacht worden sind. Der Verbrauch an Naturgütern pro Kopf der Bevölkerung steigt, obwohl jedes einzelne Produkt umweltfreundlicher geworden ist. «

ORTWIN RENN, MITGLIED DES NACHHALTIGKEITSBEIRATS VON BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der „grünen“ politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesre-

publik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 26 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun. www.boell.de